



Dimce Paskoski

Elemente des Friedensjournalismus: Konstruktive Berichterstattung in bleiernen Zeiten Serbische Berichterstattung nach Milošević. Eine qualitative Inhaltsanalyse¹

Kurzfassung: Gegenstand des vorliegenden Aufsatzes ist die Analyse von Texten aus serbischen Zeitungen im Zeitraum von Oktober 2000 (Sturz von Milošević) bis März 2002 (Staatsvertrag Serbien-Montenegro). Sein Ziel besteht darin, konstruktive Aspekte und Elemente in der Berichterstattung zu finden, um diese für ein reflektiertes Konzept des Friedensjournalismus nützlich zu machen. Die Ergebnisse der Untersuchung können wie folgt zusammengefasst werden:

1. In der serbischen Presse wird erkannt, dass dem politischen Wandel in Belgrad ein das ganze Land betreffender gesellschaftlicher Wandel folgen muss.
2. Erkannt wird auch, dass die Medien eine wichtige Rolle bei der Herstellung einer demokratischen Ordnung sowie beim Aufbau einer entsprechenden Kultur spielen müssen. Dies müssten allerdings freie Medien sein.
3. Versöhnung muss herbeigeführt und Vergangenheitsbewältigung geleistet werden. Gleichermäßen wichtig ist die Schaffung von Bedingungen für einen toleranten öffentlichen Diskurs.
4. Wenn auch nur selten, so wird aber dennoch in der Presse kritisch festgestellt, dass sich weder die Medien noch die politisch Verantwortlichen als konsequent genug in der Verfolgung dieser Ziele erweisen. Auf der einen Seite begnügen sich die Medien mit einer mehr oder minder gewährten politischen Unabhängigkeit und verzichten darauf, eine eigene emanzipatorische politisch-gesellschaftliche Kraft zu entfalten. Auf der anderen Seite reproduzieren die politisch Verantwortlichen entweder jene ererbte Unkultur politischer Auseinandersetzung, oder sie tun zu wenig, um einer offenen und toleranten Kommunikations- und Streitkultur zur Geltung zu verhelfen. Es ist somit keine Kraft erkennbar, die großflächig eine gesellschaftliche und kulturelle Veränderung in Gang zu setzen vermag.

Vergleicht man diese Befunde mit dem heutigen Stand der Dinge (Mai 2004), so kann man feststellen, dass die Medien hinsichtlich der Kommunikationskultur enorme Fortschritte gemacht haben: Es wird inzwischen professioneller, sachgemäßer, objektiver, neutraler, kritischer und interessanter berichtet. Dennoch scheinen die Medien nicht das Bewusstsein ihrer eigenständigen politischen Macht im Gesellschaftsgefüge entwickelt zu haben und nehmen daher für sich auch nicht die souveräne Position in Anspruch, bewusst und gezielt die Kommunikationskultur zu gestalten.

1. Gefördert aus Mitteln der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF).

Das würde ich Wissen nennen: Erkenntniselemente, die unabhängig von ihrem Wert für uns, für einen reinen Geist, innerhalb ihres Bereichs und außerhalb Machteffekte produzieren.

Michel Foucault (1992, 60f)

1. Einleitung

Der vorliegende Text ist eine Zusammenfassung der Ergebnisse, die sich aus einer qualitativen Inhaltsanalyse ausgewählter Artikel der serbischen Presse unter der Fragestellung: Welche konstruktiven Merkmale lassen sich im serbischen Journalismus finden, die sich gemäß den theoretischen Erkenntnissen der Friedenspsychologie und der Friedenspolitik als konstruktiv zur Lösung von Konflikten oder zur Herbeiführung von Versöhnung bezeichnen lassen? ergeben haben. Er besteht aus drei in sich gegliederten Abschnitten, die sich – je nach Leserinteresse – auch separat gut lesen lassen. Während der erste Abschnitt einen allgemeinen theoretischen Hintergrund der Untersuchung skizziert, geht der zweite auf Bedingungen und auf quantitative und qualitative Merkmale der Untersuchung selbst ein. Im dritten und von der Zielsetzung her wichtigsten Abschnitt werden Ergebnisse der qualitativen Analyse mit Zitatpassagen präsentiert, darunter auch exemplarisch die komplette Analyse eines Artikels.

1.1 Theoretische Aspekte

Heutzutage bedarf es kaum eines Beweises für die Behauptung, dass die Medien¹ in engem Verhältnis zu politischen Praktiken und Ereignissen stehen. Es würde auch kaum jemand ernsthaft bestreiten, dass die Massenmedien „Bestandteil der Brille geworden (sind), durch die hindurch wir die Wirklichkeit mitsamt den Massenmedien selbst betrachten“ (Meyer, 2001, 8). Was jedoch umstritten ist und noch nicht ausreichend erforscht zu sein scheint, sind die Mechanismen und Effekte und das genaue Ausmaß dieser konstitutiven Wechselwirkung der Medien mit der Wirklichkeit, dem öffentlichen Raum insgesamt und somit auch mit der Politik. Sicher ist aber, dass die Medien dabei eine Schlüsselrolle einnehmen, und dass keine politische Analyse ohne die Analyse der Medien auskommt. Diese Erkenntnisse sowie viele offene Fragen betreffen gleichermaßen die Print- und die Funkmedien, deren Wirkung nicht unabhängig ist von politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen im betreffenden (Zeit)Raum sowie von der Art des Mediums (Qualitäts- oder Boulevardmedien).

Die Rolle der Medien in modernen Gesellschaften, ihr konstitutiver Einfluss auf die „politische Kultur“ als eine „Rahmenorientierung politischen Verhaltens“ (Prittwitz, 1994, 31f) ist nicht so neu, wie es die Entdeckung ihrer Relevanz in der Politikanalyse suggerieren mag. Diese vielleicht etwas späte Entdeckung erwächst aus der nicht länger zu ignorierenden Tatsache, dass der kulturelle und politische Einfluss der Medien in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Ländern oder Gesellschaften solche Ausmaße angenommen hat, dass die Rolle der Medien als wesentlicher Formationsfaktor in der politischen und kulturellen Landschaft unübersehbar geworden ist. Von wachsender politischer Bedeutung ist zudem, dass die Wirkung technischer Bilder zum Motor politischen Handelns werden kann und auch wird.² So kann man in einigen Ländern von der Entstehung einer „neuen politischen Formation“, der „Mediendemokratie“ sprechen (Meyer, 2001, 8), und, wenn man mit den Worten etwas spielte, in manchen Ländern von „Mediendespotismus“. Es ist augenfällig, dass die gegenwärtigen kulturellen Gegebenheiten eine wachsende Abhängigkeit der modernen Demokratien von der herrschenden Kommunikationskultur aufweisen, woraus resultiert, dass die Medien an politischer Bedeutung gewinnen. „Souverän ist“, so drückt es überzeugend Norbert Bolz (1994, 163) aus, „wer über das elektromagnetische Spektrum entscheidet“ – wobei der Anteil der Printmedien am Gefüge des Mediensystems und seines Wirkungsfeldes keinesfalls unterschätzt werden sollte, möchte man gern hinzufügen.

Es liegt auf der Hand, dass dieser Zuwachs an kultureller und politischer Bedeutung der Medien die Frage der Friedenskultur und des Konfliktmanagements stark tangiert,³ und die *Friedensforschung* zunehmend daran interessiert ist, die Rolle der Medien bei der Entstehung, Entwicklung und Lösung von Konflikten genauer zu erforschen. Denn die Medien sind nicht nur eine für kriegführende Parteien wichtige „Informationsfront“ (Virilio, 1993, 61), sie konstituieren das Bild eines Konfliktes auch außerhalb seiner direkten Einflussphäre, und fließen als Symbiose von „Information und apriorischen Kategorien“ in

1. Der Begriff ‚Medien‘ wird hier in seiner wohl geläufigsten Bedeutung ‚Massenmedien‘ gebraucht.
2. Flusser (1993, 236) beschreibt diesen Prozess wie folgt: „Ursprünglich wurden technische Bilder wie Fotografien dazu verwendet, politische Ereignisse zu ‚dokumentieren‘, was bedeutet, daß sie einige Aspekte dieser Ereignisse zur künftigen Prüfung festhielten. Nach dem 2. Weltkrieg war es das Ziel einer zunehmenden Anzahl politischer Ereignisse, durch technische Bilder wie Film oder Fernsehen festgehalten zu werden, was bedeutet, dass diese Bilder zum politischen Zweck wurden. Die rumänische Revolution legt nun den Schluß nahe, dass Fernsehbilder politische Ereignisse auslösen können, was wiederum bedeutet, dass diese Bilder zum Motor politischen Handelns werden“.
3. „Journalism and the media play a central role in the process of societal construction of reality which they can use for better or worse“ (W. Kempf in ASPR, 2003, 127).

individuelle wie kollektive Wirklichkeitsmodelle ein.¹ Durch diese Funktion der Medien erhalten die Journalisten „für die politische Bildung“ insofern eine „besondere Bedeutung“, als sie „die alltägliche Wahrnehmung der großen Mehrzahl der Bürger durch ihre Art der Politikbetrachtung stark beeinflussen“ (Prittwitz, 1994, 280).

Da gegenwärtig die Entwicklung weder der Friedenskultur noch der Methoden und Techniken im Umgang mit Konflikten und ebenso wenig die Erforschung der Rolle der Medien dabei wirklich befriedigende Ergebnisse zeitigen, sind die Medien zu einem überaus wichtigen Thema der Friedensforschung geworden. Der Friedensforschung schwebt nicht das utopische Bild der ewigen Harmonie in einer Welt vor, die keine Konflikte kennt (G. Mader in ASPR, 2003, 7). Denn aus sozialpsychologischer Sicht erweisen sich Konflikte als konstitutive Elemente der Dynamik von Beziehungsprozessen innerhalb von sozialen Gruppen sowie zwischen Individuen und sozialen Gruppen (Brehm & Kassirer, 1993, 519ff), und sie können und sollen manchmal auch nicht vermieden werden, da sie nicht allein Folge von Differenzen und Unstimmigkeiten sind, sondern auch ein Regelungsmechanismus im Beziehungssystem sein können. Somit wäre der Konflikt nicht als Spiegel oder Materialisierung, sondern als Symptom eines Problems zu verstehen. Daher ist es für den Regelungsprozess wichtig, eine Eskalation des Konflikts und somit eine stärkere Übersattung des Problems zu vermeiden, um sich der Lösung der Probleme zuwenden zu können, die als Auslöser oft erst jenseits der manifesten Struktur des Konflikts erkennbar werden (Brehm & Kassirer, 1993, 527, 531).

Am Rande dieser hauptsächlich analytisch-rationalen Argumentation erscheint es mir noch wichtig, wenigstens andeutungsweise die Frage nach den ethischen Normen aufzuwerfen, auf die sich Friedenspolitik, Friedensforschung oder eben Friedensjournalismus stützen oder stützen können, auch wenn diese nur implizit eine Rolle spielen mögen. Schon die Idee des Friedens hat mit dem Schutz oder der Sehnsucht nach einer Ordnung zu tun, zu der wesentlich ethische Wertvorstellungen gehören. Johan Galtungs Antwort auf die Frage *Warum Friedensjournalismus?* ist nicht nur durch den Wunsch nach einer genaueren Erkenntnis dessen motiviert, „was in der Welt passiert“. Es geht nicht nur darum, das vermeintlich erste Opfer in einem Krieg, die Wahrheit, zu retten, sondern vor allem auch das wirklich erste Opfer: den *Frieden* (Galtung, 1998, 9, 14, 5). Auch wenn Friedenspolitik, Friedensforschung und Friedensjournalismus ihr normatives Weltbild nicht auf Kants *ewigen Frieden* stützen können, führt kein Weg an der Anwendung eines mehr oder minder expliziten Wertesystems vorbei. Ein seriöser Diskurs kann nicht mit Argumentationsformen operieren, denen Pastorales oder Missionarisches anhaftet. Ebenso fraglich wäre der Wert formal universaler ethischer Ansätze naturalistischer, naturmetaphysischer oder anthropozentrischer Ausrichtung,² da die komplexe Frage des Friedens nicht nur Möglichkeiten des Zusammenlebens der Menschen betrifft, sondern ebenso die Erhaltung materieller und biosphärischer Werte sowie eines intakten Lebensraumes. Es muss eine *historisch* begründete ethische Reflexion geben, die Höchstwerte und Möglichkeitsbedingungen für ethisches Handeln festzulegen vermag. Eine Ethik des Friedens könnte vor diesem Hintergrund im Sinne von Ludwig Sieps *Konkreter Ethik* das Konzept einer „guten Welt“ erarbeiten. Dies würde heißen, dass sich die Ethik des Friedens diesseits der Opposition von vermeintlich objektiver Welt und wertendem Normensystem und folglich diesseits ethnologischer Relativierung von ethischen Prinzipien eine historische Rekonstruktion weltkonstitutiver Wertkategorien als Möglichkeitsbedingungen vornimmt, um Höchstwerte bzw. eine „gute Welt“ zu konzipieren, in der etwa „eine gerecht geordnete Mannigfaltigkeit von Formen, Arten und Individuen sich ausbilden und gedeihen kann.“³ Darin wäre ein Wertesystem enthalten, von dem eine konkrete, handlungsbezogene Ethik des Friedens abgeleitet werden könnte. Parallel also zu internationalen Konventionen, globalen Verträgen und Allianzen gegen den Terror und angesichts der Mutation des Krieges in einen „molekularen Bürgerkrieg“, der sich als „endogener Prozeß“ (Enzensberger, 1993, 18ff) manifestiert, scheint eine Friedenspolitik immer wichtiger zu werden, die auf einer solchen konkreten Ethik des Friedens fußt und eine Perspektive zu öffnen vermag, die über den euro(amerikano)zentrischen Blick hinausweist und auch jene anzusprechen sucht, die sich in dessen kolonialisierendem Bann sehen.

1.2 Tendenzen der Berichterstattung

Im Konfliktfeld selbst werden die Medien in der Regel entweder direkt als Mittel der Kriegsführung missbraucht und gleichsam zum erweiterten Arm der Kriegsführung gemacht, oder sie werden mit Auflagen und Beschränkungen belegt und als kritisches Potential weitgehend neutralisiert. Nun zeigen aber Analysen seit langem, dass sich auch die Medien außerhalb des Konfliktfeldes in die Dynamik der Auseinandersetzung auf eine Weise hineinziehen lassen, die sie der Möglichkeit beraubt, konstruktiv in Richtung Konfliktlösung und damit friedensorientiert zu agieren.

1. Zur so verstandenen Konstitution von Wirklichkeitsmodellen vgl. Schulze (1992, 225ff).

2. Vgl. hierzu Siep (2004, 12ff).

3. „Nach der hier entwickelten These müssen in der Ethik Konzepte eines guten Zustandes der Welt entwickelt werden. Wie im Weiteren noch ausgeführt wird, gelten als gut im umfassenden Sinne die Verfassung bzw. die Zustände der Welt, in denen eine gerecht geordnete Mannigfaltigkeit von Formen, Arten und Individuen sich ausbilden und gedeihen kann. Dieser Zustand sollte oberstes Richtmaß menschliches Handelns sein, an dem alle übrigen Werte und Zielzustände zu messen sind. Zur Herstellung oder Bewahrung dieses Zustandes müssen alle Verhaltensnormen beitragen“ Siep (2004, 135, 124 ff).

Die traditionelle Berichterstattung über Konflikte und insbesondere der *Journalism of Attachment* haben die Tendenz, eskalationsorientiert zu berichten bzw. oft entgegen ihrer erklärten Absicht zur Verschärfung von Konflikten beizutragen (W. Kempf in ASPR, 2003, 29ff). Dies geschieht unter anderem dadurch, dass die Berichterstattung vermeintlich der Sachlage entnommene, tatsächlich jedoch auf antagonistischen Vorurteilen basierende Datenselektionen vornimmt und konfliktstabilisierende Inszenierungsformen verwendet, folglich favorisierende bzw. disqualifizierende Wertungen in Berichte einbringt und von konfrontativen Metaphern, Personifikationen, Dramaturgien und Peripetien Gebrauch macht. Dabei handelt es sich durchgängig um Techniken, die eher zur Eskalation als zur Deeskalation des Konflikts beitragen, wie u.a. am Beispiel des Ex-Jugoslawienkonflikts der 90er Jahre mehrfach analysiert und nachgewiesen worden ist.¹

Das alles geschieht jedoch - wo es nicht explizit intendiert ist - auf eine dem Bewusstsein nicht direkt präsente und transparente Art und Weise. Man weiß heute, dass verschiedene Einwirkungen psychologischer Strukturen, kultureller Gewohnheiten und anderer Faktoren aus dem sozialen Umfeld dies begünstigen (W. Kempf in ASPR, 2003, 60-63). Da sich nun Journalisten als zum sozialen Netz Gehörende diesen Einflüssen nicht ohne weiteres entziehen können, ist kaum zu erwarten, dass die Berichterstattung einen relativ objektiven Blickwinkel einnehmen kann, ohne sich aktiv einen kritischen Standpunkt zu erarbeiten. Erschwert wird ein kritischer Standpunkt aber dadurch, dass gemäß historischer Erfahrung in Krisensituationen jedes Abweichen von gewohnheits- oder normkonformen Denkweisen durch das soziale Umfeld scharf sanktioniert wird, und somit die Möglichkeiten, Ressentiments und geschürtem Hass entgegenzuwirken, sehr beschränkt bleiben.² Dies alles lässt recht klar erkennen, dass es friedenspolitische Arbeit unvermeidlich mit einem mannigfaltig verwobenen Feld von Kultur und Politik zu tun hat und scheinbar „nur als Zivilisationspolitik“ möglich ist (Fleischer, 1987, 199).

Gerade wegen dieser Einschränkungen ist friedensorientiertes Handeln oder Berichten im Konfliktfeld selbst zwar nicht unmöglich und gewiss nicht überflüssig, aber erfahrungsgemäß sehr schwierig und nur von beschränkter Wirkung. Deswegen gewinnen sowohl Maßnahmen der *Konfliktprävention* an Bedeutung, die eine Eskalation verhindern sollen, als auch der *Versöhnungsprozess* nach einem Konflikt, der dessen Nachwirkungen und Reproduktionskraft einzudämmen sucht. Doch genau diese Aspekte sind nicht ausreichend erforscht. Mechanismen und Wirkungen von Elementen konstruktiver (konfliktentschärfender oder Versöhnung fördernder) Berichterstattung, die als Beiträge zu Frieden, Demokratie und Versöhnung gesehen werden dürfen, sind viel weniger bekannt als eskalationsorientierte Mechanismen. Deshalb ist es das Anliegen des vorliegenden Textes, *Elemente und Strategien konstruktiver Berichterstattung* genauer ins Auge zu fassen. Die empirisch herausgearbeiteten konstruktiven Elemente der serbischen Berichterstattung werden als Mechanismen betrachtet, die über den konkreten historischen Kontext hinaus als Erfahrungsbasis in eine Typologie konstruktiver Elemente des Friedensjournalismus Eingang finden könnten – was allerdings erst in einem diesem folgenden, weiteren Schritt geschehen kann.

1.3 Zwei Aspekte der empirischen Friedensforschung

Während die traditionelle Berichterstattung aus der Sicht der Friedensforschung die Tendenz aufweist, sich in Konfliktsituationen - politischen Polarisierungen folgend - einer gezielten Informationslenkung³ zu unterwerfen oder diese selbst vorzunehmen und damit in die Nähe von Propaganda zu rücken,⁴ berichtet der *Journalism of Attachment* propagandistisch und eskalationsorientiert, ergreift bewusst und demonstrativ Partei und wendet sich gegen jene, die er als „böse Partei“ identifiziert (W. Kempf in ASPR, 2003, 29). In beiden Fällen stehen die Ereignisse in der Konfliktarena im Vordergrund, während die Struktur des Konfliktes, Ursachen- und Problemanalyse unberücksichtigt bleiben. So führt diese Vorgehensweise trotz emphatischen Gerechtigkeitsempfindens nicht nur weg von einer Beruhigung und Befriedung der Lage, sondern verschärft oft sogar den Konflikt durch pauschale und kollektive Schuldzuweisungen. Unrecht wird aber so nicht vermindert, sondern vervielfacht. Denn all jene Menschen, die der „bösen Partei“ angehören und die keinerlei Schuld und Verantwortung für den auch sie betreffenden Konflikt tragen, aber unter ihm leiden müssen, werden doppelt bestraft (politisch gegen den Krieg eingestellte Personen, Kinder, Kranke, alte und hilfsbedürftige Menschen)⁵. Außerdem schränken kollektive Bestrafungen Kriegsgegner noch mehr in ihren Möglichkeiten ein, innerhalb der „bösen Partei“ gegen den Krieg zu agieren. Gesellschaftliche Unterschiede werden so nivelliert und tragen sowohl zu homogenisierenden Tendenzen der Kriegspropaganda als auch zur Verschärfung von Konflikten bei, statt an der Lösung der zugrunde liegenden Probleme zu arbeiten.

Gerade die unzureichende Berücksichtigung der Interessen und Rechte aller am Konflikt beteiligten oder in ihn auch nur

1. Vgl. u.a. Jaeger (1998); Malesic (1998), Gredelj (1998), W. Kempf in ASPR 2003, 29ff., Calic (1993, 108ff) oder auch Zizek (1994, 160f).
2. Ein Beispiel hierfür wären sicherlich die Anfeindungen, denen Peter Handke wegen seiner als pro serbisch empfundenen Haltung im Ex-Jugoslawienkonflikt ausgesetzt war.
3. Gezielte Informationslenkung ist ein Mittel der Propaganda, das die Wahrnehmung und Interpretation des Rezipienten zu beeinflussen sucht, vgl. Hickethier (2003, 49).
4. Zum Begriff ‚Propaganda‘ in diesem Kontext vgl. W. Kempf in ASPR (2003, 60).
5. Diese sind oft auch die Hauptleidtragenden unter Wirtschaftssanktionen, die sich zunehmend als kontraproduktiv erweisen.

involvierten Gruppen führt schnell zu reduzierten Darstellungs- und Erklärungsmodellen, die den Schwerpunkt der Aufmerksamkeit vom eigentlichen Problem weg auf die Ebene simplifizierender, pauschaler und moralisierender Beurteilung der Beteiligten hinlenken. Dies wiederum verhindert eine neutrale Position und reduziert die Möglichkeiten, auf den Konflikt konstruktiv einzuwirken, sehr stark. Eine solche Schwerpunktverlagerung zieht eine Positionierung aufgrund von problemexternen, oft dem Konflikt vorhergehenden oder ihn produzierenden Interpretations- und Beurteilungsmustern nach sich, die sich von politischen, historischen, kulturellen oder religiösen (Vor)Urteilen ableiten. Ein Beispiel hierfür liefert der ex-jugoslawische Bürgerkrieg, in dem komplexe Konfliktursachen von den Kriegsparteien propagandistisch auf nationale bzw. völkische Rivalitäten und Animositäten vor allem zwischen Kroaten, Muslimen und Serben reduziert wurden, und dieses strategisch eingesetzte Interpretationsschema seiner Intention entsprechend von der außenstehenden Öffentlichkeit nahezu restlos übernommen wurde (Calic, 1995, 214; Zizek, 1994, 160 f).

Das bedeutet, dass wir uns wohl nur mit Hilfe eines *analytischen und kritischen Blicks* in die Lage versetzen können, einen eher *neutralen Zugang* zu Konflikten und den ihnen zugrunde liegenden Problemen zu finden und beizubehalten. Hierzu wäre es allerdings hilfreich, wenn nicht notwendig, mit Foucault eine „kritische Haltung“ zu entwickeln, deren Hauptmoment „gerade die Befragung der Erkenntnis über ihre eigenen Grenzen oder Sackgassen“ ist, „auf die sie in ihrem anfänglichen und konkreten Vollzug stößt“ (Foucault, 1992, 43). Ohne einen solcherart geschärften Blick werden wir Konflikte sowie deren Interpretationen durch die beteiligten Parteien weiterhin ausgehend von einer dem Konflikt selbst präexistenten historisch konstituierten antagonistischen Deutungsstruktur wahrnehmen, verstehen und interpretieren. Nicht zuletzt dieser Umstand sorgt dafür, dass die Möglichkeiten der Medien, als neutrale Partei konfliktvorbeugend zu agieren und zur konstruktiven Transformation des Konflikts oder zur Versöhnung nach dem Konflikt beizutragen, außerhalb des unmittelbaren Konfliktfeldes nicht ausreichend genutzt werden.

Die seit geraumer Zeit stattfindende gründliche, systematische und kritische Auseinandersetzung mit verschiedenen Varianten von Propaganda, mit eskalationsorientierten Elementen (Strategien und Effekten) traditioneller Berichterstattung und dem *Journalism of Attachment* hat bereits zu überzeugenden Ergebnissen geführt.¹ Das friedenspolitische Ziel dieser Auseinandersetzung ist es natürlich gewesen, theoretisch-praktische Gegenmaßnahmen zu konzipieren und zu entwickeln. Meiner Kenntnis nach sind zwei durch empirische Forschung gestützte theoretische Konzepte eines Friedensjournalismus entwickelt worden:

- a) *Friedens-/Konfliktjournalismus vs. Krieg-/Gewaltjournalismus* (Galtung, McGoldrick, Lynch);
- b) *Eskalationsorientierte vs. deeskalationsorientierte Konflikt-Berichterstattung* (Kempf, Reimann, Luostarinen).

Die empirisch-kritische und theoretische Auseinandersetzung mit der Konflikt-Berichterstattung wird im Rahmen des aktuellen Projektes durch die Suche nach konstruktiven Elementen und Strategien ergänzt, die das theoretische Konzept des Friedensjournalismus empirisch zu untermauern oder zu ergänzen vermögen. Solche meist spontan und intuitiv eingesetzten Elemente friedensorientierter Berichterstattung, die oft eher am Rande des Mainstreams zu finden sind, werden analysiert und – wenn möglich – als typologisierbare Mechanismen in die Konzeption und das Instrumentarium des Friedensjournalismus integriert.

2. Zur Auswahl des Untersuchungsmaterials

Diese allgemeinen Aspekte der Friedensforschung bilden den Rahmen der qualitativen Analyse von Artikeln aus serbischen Zeitungen nach dem Sturz Miloševićs. Und die erwähnte Suche nach konstruktiven Elementen und Strategien ist ihr Ziel. Interessant ist diese Analyse schon dadurch, dass es sich um ein Feld der Berichterstattung handelt, das sich gleichsam im Epizentrum der politischen Konflikte auf dem Balkan befindet und das bis zur Wende in Belgrad von aggressiver, größtenteils politisch verordneter und von unzähligen rassistischen, totalitären und menschenverachtenden Merkmalen gekennzeichneter Propaganda durchsetzt war. Es ist sicherlich nicht überraschend, dass die Zeitungen, die sich durch diese aggressive Propaganda ausgezeichnet haben, nach der Wende unter der neuen Führung Vorsicht walten ließen. Diese durch die neuen Verhältnisse entstandene Hemmung ließ sie aber auch insgesamt fad und ideenarm werden, so dass bei der Suche nach einer Konflikt-Berichterstattung, die versöhnende und konstruktive Elemente und Strategien enthält, hauptsächlich auf Zeitungen zurückgegriffen werden musste, die bereits im Krieg und unter der nahezu unumschränkten und eisernen Herrschaft Miloševićs ihre kritische Sicht und Antikriegsorientierung bewahrt hatten.

Die Materialsuche fand unter etwas ungünstigen Umständen statt. Das Projekt der qualitativen Inhaltsanalyse in der Berichterstattung zum Jugoslawienkonflikt war bereits vorangeschritten, und die Analyse von Artikeln aus so gegensätzlich positionierter Presse wie der deutschen und der griechischen stand kurz vor dem Abschluss. Ich erhielt den Auftrag, ein parallel hierzu begonnenes Teilprojekt fortzuführen bzw. Texte aus der serbischen Presse einer qualitativen Analyse zu unterziehen.

1. Unter anderen z.B. in der zusammenfassenden Präsentation von Ergebnissen verschiedener Studien zur Rolle der Berichterstattung in Konflikt- und Kriegssituationen in ASPR (2003).

Jedoch stand zum gegebenen Zeitpunkt keinerlei adäquates Textmaterial zur Verfügung, und es gab auch keine Kontakte zu Stellen, die bei der Beschaffung des nötigen Materials hätten behilflich sein können. So blieb dann allein die Möglichkeit, elektronisch, per Internet zugängliches Material zu bearbeiten. Eine daraus resultierende zweite Schwierigkeit bestand darin, dass zum einen interessante Zeitungen wie BORBA oder POLITIKA über kein Archiv im Internet verfügen und somit unzugänglich waren. Zum anderen sind die Archive elektronisch zugänglicher Zeitungen lediglich selektiv und enthalten nicht immer die für die Analyse relevanten Texte. So war es weder möglich, alle thematisch interessanten Zeitungen noch den gesamten relevanten Textkörper der zugänglichen Zeitungen zu sichten. Aufgrund der genannten Einschränkungen ergab sich folgendes Korpus:

VREME	Wochenzeitung, Belgrad	7 Artikel
NIN	Wochenzeitung, Belgrad	3 Artikel
REPORTER	Wochenzeitung, Belgrad	2 Artikel
DNEVNIK	Tageszeitung, Novi Sad	1 Artikel
GLAS JAVNOSTI	Tageszeitung, Kargujevac	1 Artikel
NEZAVISNA SVETLOST	Internet-Wochenzeitung, Belgrad	1 Artikel

Tabelle 1: Aus der serbischen Presse ausgewählte Tages- (taz) und Wochenzeitungen (woz)

I. Unruhen in Belgrad und der Fall Miloševićs (Oktober 2002)		
1.	Der Fall der TV-Bastille	REPORTER (woz), 11.10.2000
2.	Revanchismus	NIN (woz), 19.10.2000
3.	Gleichgeschaltetes Denken	VREME (woz), 19.10.2000
II. Der Konflikt in Presevo (Südserbien) (November 2000/März 2001/Mai 2001)		
1.	An die Wand gedrückt	REPORTER (woz), 20.02.2000
2.	Erkaufen des Friedens: Reicht die Wirtschaft aus?	NIN (woz), 12.04.2000
3.	Lassen Sie uns dem Frieden eine Chance geben!	GLAS JAVNOSTI, (taz), 20.05.2000
III. Die Verhaftung Miloševićs und seine Auslieferung an den Internationalen Gerichtshof in Den Haag (April 2001 – Juni 2001)		
1.	Milošević als „Exportartikel“	REPORTER (woz), 30.05.2001
2.	Bedingte Koinzidenz	VREME (woz), 17.05.2001
3.	Wen kümmert's?	VREME (woz), 28.05.2001
IV. Die innerserbischen politischen Konflikte (derselbe Zeitraum: April – Juni 2001)		
1.	Die Sprache wird die Radikalen stürzen	NEZ SVETSLOST, (E-woz), 21.04.2000
2.	Der Ruf der Wildnis	VREME (woz), 14.06.2001
	Das Risiko des Anstands	VREME (woz), 11.04.2002
V. Der Vertrag zwischen Serbien und Montenegro (März 2002)		
1.	Ein Staat, wie es ihn nirgends gibt	DNEVNIK b(taz), 17.03.2002
2.	Abwurf des Ballasts	VREME (woz), 21.03.2002
3.	Der montenegrinische Blickwinkel: Saldo und Abrechnung	VREME (woz), 21.03.2002

Tabelle 2: Die aus diesen Zeitungen ausgewählten Artikel zu fünf Themen und Perioden

3. Vorbemerkungen zu den Ergebnissen der Analyse

Für die Analyse charakteristisch sind von zwei Gruppen von Merkmalen, und zwar latente und manifeste. Die *latenten Merkmale* haben sich bei der Selektion der Artikel herauskristallisiert und daher eine paratextuelle¹ Wirkung auf den Prozess der Textanalyse selbst ausgeübt. In der manifesten, dokumentierten analytischen Arbeit am Text der Artikel selbst jedoch er-

1. Paratext ist ein Begriff der Text- und Literaturwissenschaft, der m.E. auf konstitutive Aspekte auch journalistischer Texte zutrifft. „Paratext ist also jenes Beiwerk, durch das ein Text ... als solcher vor die Leser und allgemeiner, vor die Öffentlichkeit tritt. ... Der Paratext besteht also empirisch aus einer vielgestaltigen Menge von Praktiken und Diskursen“ (Genette, G.: Paratexte. Das Buch vom Beiwerk des Buches, Frankfurt a. M., 2001, S. 9 f).

scheinen sie nur gelegentlich, und zwar vornehmlich bei intertextuellen¹ Anspielungen, die aus dem präsenten Text allein nicht verständlich sind. Diese Merkmale werden auch in den Ergebnissen der Analyse bzw. in den Kommentaren zum Inhalt der Artikel gelegentlich vorkommen.

Die Analyse der Artikel führte in erster Linie zu *manifesten Merkmalen*, die an besonders interessanten Stellen durch Zitate dokumentiert werden. Allein diese werden hier als *konstruktive Elemente* qualifiziert werden können, da sie empirisch überprüfbar und systematisierbar sind.

Die Analyseergebnisse lassen sich hinsichtlich des Typs ihrer Konstruktivität grob in zwei Gruppen teilen:

- a) Zum einen gibt es Artikel, deren konstruktive Elemente sich als zwar affirmative, aber inhaltlich schlichte Widerspiegelung konstruktiver Elemente in der Politik selbst erweisen.
- b) Zum anderen gibt es Artikel, die originär und aus einer kritischen Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Sachverhalten heraus konstruktive Elemente oder Perspektiven entwickeln und lancieren.

Beide Typen gelten als konstruktiv, da bereits die Informationsselektion und -präsentation vor der Alternative steht, konflikt- und eskalationsorientiert oder lösungs- und deeskalationsorientiert zu verfahren. In der größtenteils gänzlich kontaminierten serbischen Presse war es nicht einfach, relativ konsistent konstruktiv verfahrenende Artikel zu finden. Da aber die erste Gruppe von konstruktiven Artikeln keine wirklich originellen und interessanten Elemente oder Perspektiven enthält, wird im Folgenden ihre Konstruktivität jeweils durch eine kurze Inhaltswiedergabe verdeutlicht. Im Unterschied dazu werden Artikel mit interessanten konstruktiven Elementen zum Teil zitiert und mittels dieser Zitate kommentiert. Um aber auch das analytische Verfahren zu exemplifizieren, wird die Analyse eines gesamten als interessant eingestuften Textes präsentiert. Die Reihenfolge der Präsentation der Artikel folgt ihrer oben nach Themen und Perioden tabellarisch vorgenommenen Gruppierung.

4. Die Analyseergebnisse

4.1 Die Unruhen in Belgrad und der Fall Miloševićs (Okt. 2000)

Der Themenkomplex dieses Zeitabschnitts ist der brisanteste, handelt es sich dabei doch um Ereignisse, die in der kritischen Öffentlichkeit des Landes als Frage nach dem Sein oder Nichtsein empfunden wurden, weil die politischen und kulturellen Verhältnisse unter der rückwärtsgewandten und totalitären Herrschaft des Milošević-Regimes seit langem schon als schleicher politischer und kultureller Tod der gesamten Gesellschaft indiziert worden waren. Miloševićs möglicher Sturz war aber dennoch mit Ängsten behaftet, da die Menschen sich diesen nach all den Kriegen auf ex-jugoslawischem Gebiet nur noch als blutig und apokalyptisch vorstellen konnten. So ist es nicht verwunderlich, dass die aufschlussreichsten Artikel hinsichtlich Emotionalität, Intellektualität und Kreativität in diesem Themenkomplex zu finden sind.

4.1.1 „Der Fall der TV-Bastille“ (REPORTER vom 11. Okt. 2000)

Inhalt: Der Artikel *Der Fall der TV-Bastille* von Aleksandar Djuric stammt aus der Belgrader Ausgabe der Wochenzeitung REPORTER. Diese Wochenzeitung erscheint in zwei teilweise verschiedenen Ausgaben in Belgrad und in Banja Luka (Bosnien). Die Sicht der Zeitung ist eher national konservativ und hat politisch in Kostunica ihre Verkörperung, während Miloševićs Totalitarismus kommunistischer Provenienz auf kritische Ablehnung stößt.

Bereits im Titel des Artikels ist in Anspielung auf die Französische Revolution die Bedeutung des staatlichen Radios und Fernsehens für das Milošević-Regime angedeutet, mit dessen Eroberung die Milošević-Ära ihren Anfang nahm (vgl. Gredelj, 1998) und dessen Erstürmung daher eine revolutionäre Befreiung bedeutet; revolutionär deshalb, weil der Umsturz eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft bzw. eine Demokratisierung nach sich zu ziehen verspricht.

Diesseits des symbolträchtigen Wortspiels im Titel berichtet der Artikel sachlich über den Ablauf der Ereignisse bei der Erstürmung des staatlichen serbischen Fernsehens (RTS). Die Aktivitäten der Polizei gegen die Demonstranten und die spätere Neutralität oder gar das Wechseln der Seiten werden im Ton einer objektiven Berichterstattung dargestellt. Selbst die gewalttätigen Übergriffe gegen das regimetreue Personal werden ohne besondere Emotionalität geschildert. Sie werden sogar in einer Sprache wiedergegeben, die sie – vom ernsthafteren Fall des fast zu Tode geprügelten Chefredakteurs abgesehen – eher bagatellisiert, was nicht gerade als konstruktive oder versöhnliche Haltung zu bezeichnen ist.

Konstruktives: Nach der Schilderung der Geschehnisse wird die entscheidende kritische – wörtlich – „Hauptfrage“ gestellt,

1. Intertextualität spielt im vorliegenden Kontext vor allem in der Bedeutung von Anspielung eine Rolle, „d.h. einer Aussage, deren volles Verständnis das Erkennen einer Beziehung zwischen ihr und einer anderen voraussetzt, auf die sich diese oder jene Wendung des Textes bezieht, der ja sonst nicht ganz verständlich wäre“ (Genette, 1993, 1 f).

ob sich nämlich das staatliche Fernsehen in ein „professionelles umwandeln“ lassen oder „die Haushaltshilfe regierender Parteien bleiben wird“, und ob die Politik der Versuchung zu widerstehen vermag, der gewohnten Anbiederung der Medien Stand zu halten und sie nicht in ihren Dienst zu nehmen.

4.1.2 „Revanchismus“ (NIN vom 19. Okt. 2000)

Der Artikel *Revanchismus* von Marijana Milosavljevic stammt aus der wohl meistgelesenen Wochenzeitung NIN, der es auch unter Milošević gelungen war, ihre Unabhängigkeit weitgehend zu bewahren. Der Text ist ausgesprochen konstruktiv, da er die wesentlichen Merkmale einer kritischen Auseinandersetzung mit den Zuständen direkt nach der „Oktoberrevolution“ vom 05.10.2000 in sich vereint. Der Text ist ein Plädoyer für Toleranz, Rechtsstaatlichkeit und Versöhnung.

Im Grunde hätte der Titel „Kein Revanchismus“ lauten können, da der Artikel dezidiert gegen Siegerjustiz und für die Menschenrechte eintritt und schließlich zu der Einschätzung kommt, dass die Gefahr eines Revanchismus zwar eher als gebannt zu sehen ist, nicht aber die Gefahr, dass im Augenblick des Umbruchs Teile der heterogenen Gruppe der im Oppositionsbündnis vereinten Milošević-Gegner, demokratische Prinzipien untergrabend, die ererbten Machtstrukturen missbrauchen könnten. Daher fordert die Journalistin von der neuen Regierung, dass die Situation unter Kontrolle bleibt und die demokratischen Spielregeln wie versprochenen eingehalten werden.

„Man hat aber den Eindruck, dass die neue Regierung selbst nicht weiß, wo ihr der Kopf steht. Sie findet sich in dem ererbten Chaos nicht besonders gut zurecht und lässt es zu, dass selbsternannte ‚Vorkämpfer‘ ihre Aggressionen an ‚Sündern‘ ausleben. Wem nützt eine solche Situation?“

Diese Sätze könnten zu der Annahme verleiten, dass hier womöglich eine dem alten Regime treue Journalistin versucht, den demokratischen Sieg über Milošević zu einem Gewaltakt zu stilisieren. Doch wo im Artikel vom Milošević-Regime die Rede ist, ist sie es auch von „Verbrechen und Plünderungen“, von einer „Erniedrigung, die wir ein Jahrzehnt ertragen mussten“, und schließlich, mit historischem Verweis auf Nazi-Deutschland, von der Notwendigkeit einer Art „Entnazifizierung“ in Serbien. In vorbildlich konstruktiver Weise bezieht die Journalistin eine neutrale Position mit eindeutiger Sympathie nicht für Parteien, sondern für demokratische Prinzipien.

„In diesen Tagen wird viel von Schuld gesprochen. Allerdings nicht immer im Sinne und Geiste des Gesetzes. Andersdenkende sind in manchen Fällen genötigt, ihre Unschuld zu beweisen, statt dass die Ankläger deren eventuelle Schuld beweisen müssten. Ein allgemeines Durcheinander – und nur ein Schritt fehlt noch zum Revanchismus.“

Aus dieser Haltung heraus wird stellenweise so etwas wie eine Identifikation mit dem serbischen Oppositionsbündnis und somit mit der neuen Regierung erkennbar. Doch dies lässt sie umso konsequenter all jene gewohnten, bis dahin allenthalben herrschenden korrupten und undemokratischen Praktiken zurückweisen, und einen „Nullpunkt des Anstands“ bzw. das Gelten elementarer Menschenrechte einfordern. Anders als früher, soll die Frage der Schuld eines jeden weder die Sache der Politik noch der Medienhetze oder gar der Lynchjustiz sein, sondern allein eine Sache der Gesetze und der Justiz.

„notwendig ist ... ein Nullpunkt des bürgerlichen Anstands. Zugleich darf sich niemand seiner Verantwortung entziehen können. Wenn sich die legalen Institutionen ausgehend von Beweisen mit der Frage der moralischen, politischen oder strafrechtlichen Schuld befassen, dann wird niemand sagen können – wie das zur Zeit geschieht – Opfer einer Politik der Rache und einer Politik der Sieger zu sein ... Analytiker der hiesigen Verhältnisse sagen, wir sollten eine Ernüchterung anstreben, und diese würde zu einer Selbstbefreiung des Einzelnen sowie der ganzen Gesellschaft führen. Durch das hysterische Zeigen mit dem Finger auf andere, durch lawinenartige Diffamierungsangriffe als Form ‚verbalen‘ Terrorismus entfernen wir uns nur von dem Weg, der vor uns liegt. Deswegen darf mit einer demonstrativen Garantie der Menschenrechte und des Rechts auf Verteidigung und Schutz der persönlichen Würde nicht länger gewartet werden. Es darf aber auch keine Amnestie für die Verbrechen, Plünderungen und – wenn man es so nennen will – auch für die Erniedrigung, die wir ein Jahrzehnt ertragen mussten, im gesetzlichen Rahmen geben.“

Von politisch-analytischen Korrektiven ausgehend, hebt die Journalistin in diesem Absatz auch die Bedeutung von Versöhnung hervor. Natürlich darf es für nachweisliche Verbrecher keine Amnestie geben, aber man sollte vorschnelle hysterische Schuldzuweisungen unterlassen, den Blick sowohl auf die Verantwortung der ganzen Gesellschaft als auch auf die eigene richten und sich damit auseinander setzen. Damit aber diese klärende und selbstreinigende Situation eintreten kann, müssen willkürliche Beschuldigungen und Bedrohungen aufhören und statt dessen transparente und rechtlich klare Kriterien definiert werden, die den Schutz der Person und die Würde des Einzelnen garantieren.

Sieht man von all den Unregelmäßigkeiten ab, die den Übergang zu demokratischen Spielregeln begleiten, zieht die Journalistin eine positive Bilanz, denn es kam nicht zu den Bürgerkriegsszenarien, mit denen politische Beobachter gerechnet hatten.

„Sowohl Vertreter der Schule des Katastrophendenkens, die bis ins Detail mit den Effekten der jahrzehntelangen ‚Vergewaltigung‘ der Bürger dieses Landes vertraut sind, als auch die hervorragenden Kenner unserer Mentalität können aufatmen. Denn ihre berechtigten Mutmaßungen, dass es einen blutigen Bruderkrieg bis zum letzten Serben oder zum letzten Bürger einer anderen Nation geben würde, sind nicht Wirklichkeit geworden. Vom postrevolutionären Kater erfasst, können pessimistische Beobachter als einen ‚Erfolg‘ verbuchen, dass

die Spitzenmänner von gestern nicht an den Strommasten um uns herum hängen, während wir unter deren baumelnden Körpern in den ‚befreiten‘ Cafés und Restaurants unseren Kaffee schlürfen.“

Tabelle 3 gibt eine Übersicht über die konstruktiven und weniger konstruktive Elemente.

konstruktive Elemente	nicht konstruktive Elemente
<ul style="list-style-type: none"> - Zurückweisung von Gewalt gegen politische Gegner - Eintreten für rechtlich begründete Prozeduren bei Verfolgung und Bestrafung - Eintreten für Versöhnung durch Stärkung von Toleranz und Bewusstmachung des eigenen Anteils an Verantwortung - Positive Einschätzung von Zukunftsperspektiven angesichts von gewaltfreiem Wandel 	<ul style="list-style-type: none"> - Wörter, Vergleiche und Metaphern werden gebraucht, die in den von drastischer oder gar aggressiver Sprache gekennzeichneten öffentlichen Diskurs in Serbien hineinpassen, was den Text unauffälliger macht und seine konstruktiven Elemente gleichsam im Schatten des Gewohnten schlummern lässt - Beispiele für konfrontative Wörter und Wendungen: <ul style="list-style-type: none"> - ‚verbaler Terrorismus‘, - ‚jahrzehntelange Vergewaltigung der Bürger‘, - ‚Kannibalismus‘, - ‚Entnazifizierung‘

Tabelle 3: Revanchismus, NIN (woz), 19. Okt. 2000

Die so genannten nicht konstruktiven Elemente verleihen dem Text zweifellos eine größere Spannung und Dramatik, da sie eine kaum zu überbietende Polarisierung der Gegensätze ermöglichen. Dennoch bleibt es fraglich, ob es solcher Mittel bedarf oder ob dies nicht auch andere, unbedenklichere sprachliche Mittel leisten könnten. Das ist nicht so sehr eine allgemein moralische oder stilistische Frage, sondern eher eine Frage des Sprachgebrauchs im öffentlichen serbischen Diskurs, der die dringend nötige sensiblere, tolerantere und sachlichere Kommunikationskultur geradezu verhindert.

4.1.3 „Gleichgeschaltetes Denken“ (VREME vom 19. Okt. 2000)

Der Artikel *Gleichgeschaltetes Denken* von Teofil Pancic, erschienen in der dezidiert gegen das Milošević-Regime gerichteten Wochenzeitung VREME, liefert ein anderes konstruktives Beispiel. Auch hier geht es um die Umwälzungen in Belgrad, allerdings unter medienpolitischem Aspekt. Nicht wenige konstruktive Elemente sind vornehmlich in Form von Ideen und Ansichten enthalten. Der Ton allerdings ist noch schärfer als in den beiden anderen Artikeln dieser Gruppe. Da dieser Artikel genau den Gegenstand der vorliegenden Untersuchung auf eine interessante Weise selbst thematisiert, wird die gesamte Analyse des Artikels exemplarisch aufgenommen:

Thema: Transformation in den Medien nach der Wende in Belgrad im Oktober 2000

Zeitung: Die serbische Wochenzeitung VREME, Nr. 511 vom 19.10.2000

Themenbereich: Nebenerscheinungen

Titel des Artikels: *Gleichgeschaltetes Denken*

Untertitel: *Wer vermisst die Beutelschneider und Mörder?*

Autor: *Teofil Pancic*

Rahmen bzw. Kontext:

Der Text erschien zwei Wochen nach der so genannten „Oktoberrevolution“ in Belgrad und ist ein Plädoyer für freie und kritische Medien, die den humanistischen und demokratischen Wertekodex respektieren. Der politische Umbruch in Belgrad hat neben anderen wichtigen Veränderungen auch in den Medien zu einem auffälligen Wandel geführt. Während aber den einen dieser Wandel zu weit geht, geht er anderen nicht weit genug, und dritte sehen in der Demokratisierung einen Verlust an Vielfalt (Demokratie) in den Medien. Zu Missverständnissen und Irrtümern in diesem Prozess nimmt der Autor auf originelle Weise und mit beeindruckender intellektueller Energie Stellung.

Ganzer Text:

Gleichgeschaltetes Denken

Wer vermisst die Beutelschneider und Mörder?

Heute haben selbst die Blondinen unter den Radikalen¹ kapiert, dass die Ereignisse vom 05. Oktober in Serbien unter anderem eine Art Medienrevolution darstellen, und dies gerade in fundamentalem, wertendem und „weltanschaulichem“ Sinne. Wenn Serbien am Morgen des fünften Oktober in jenem seit über einem Jahrzehnt „kodierte“ Medienenvironment aufgewacht ist, ist es nur etwa fünfzehn Stunden später in einer von Grund auf veränderten Umwelt eingeschlafen.

1. Gemeint ist sehr wahrscheinlich die langatmige und hartnäckige Rednerin im Parlament, die ehemalige Parlamentspräsidentin Gordana Pop-Lazic, die heute noch in der Radikalen Partei Serbiens (diese wurde vom mutmaßlichen Kriegsverbrecher Vojislav Seselj angeführt) eine exponierte und wichtige Rolle spielt.

Als einfacher Mensch, als Genosse und Antifaschist kann man mit dieser Veränderung durchaus zufrieden sein, zumal alles glatt über die Bühne ging. Denn schaut man nach Kroatien hinüber, da ist zu sehen, wie man sich dort mit irgendwelchen manisch extrem Rechten anstrengen und abstrampeln muss, die einen Teil der Medien besetzt haben, als wären diese ihre Markgrafschaft.

Im plötzlich demokratisierten Land Serbien macht sich jedoch eine Welle bitterer publizistischer Unzufriedenheit breit, und man fühlt sich gar von den Zeitungen heute angewidert. „Neue Gleichschaltung eingetreten - ojemine. Schlägst du eine Zeitung auf, da vergeht dir schon die Lust darauf, eine andere aufzuschlagen, denn sie sind ja eh alle gleich. Wo sind nur all jene holden Seelenkranken, jene Beutelschneider und Lumpen, die uns länger als ein Jahrzehnt mit ihren hirnerbrannten Geschichten vollgeschwatzt haben? Gebt uns unsere *klinischen Fälle* zurück, wir haben uns so schön an sie gewöhnt!“ Und so weiter und so fort, und stets in diesem Stil: Jeder, der eine ungerechtfertigt hohe Meinung von sich hat, wird als „freier Intellektueller“, „unabhängiger Journalist“, „Querdenker“ oder etwas ähnliches noch ein paar trockene Zweiglein auf den Scheiterhaufen legen, auf den die „uniformen“ *postrevolutionären* Medien, besonders jene bis gestern regime-treuen, gehörten.

Dabei ist das größte Problem nicht etwa, dass es hier eine Art narzisstisch übermäßig moralisierende Zurechtweisung der „Wendehäse“ gibt (würdet ihr es denn besser finden, wenn „Novosti“ und „Politika“ *konsequent* auf Seiten des Tyrannen blieben, der eh auf die Gelegenheit lauert aufzuerstehen?); das Problem liegt eher in dem alarmierenden Verlust einer kritischen Orientierung dieser Neuen Moralisten, und auch im Fehlen irgendeines seriöseren Kriteriums oder der Fähigkeit, bestimmte Werte konsequent zu vertreten. Als wäre mit dem Verschwinden von Milošević und seiner Beraterclique das Hauptobjekt der Kritik an den Serben verlustig gegangen und damit die Voreinstellung jedes „kritischen Diskurses“. So muss jetzt schnell und in Panik etwas anderes her, egal was - es muss etwas gefunden werden, auf das man sich (als erster oder als einer der ersten) stürzen kann. Sonst könnte nämlich die zweifellos kritische Orientierung/Reputation des Gesellschaftskritikers in Frage gestellt werden.

Lasst uns aber die demagogischen Vernebelungen um die „neue Gleichschaltung“ einmal lichten. Die „Monotonie“, die so plötzlich die Medien hierzulande beherrscht, kann in einiger Hinsicht z. B. mit der zum Himmel schreienden Gleichschaltung in den deutschen Medien nach dem 09. Mai 1945 verglichen werden – natürlich ohne streberisch alle historischen Analogien mitzulesen: Siehe da, alle Zeitungen antifaschistisch. Alle Radiosender antinazistisch. Nirgends ein schönes Wort über den Führer, nicht ein verächtliches Wort über die bössartige jüdische Rasse. Nicht ein einziger Buchstabe weist auf den inneren Feind hin, der in Zusammenarbeit mit dem freimaurerisch-plutokratisch-zionistischen äußeren Feind agiert. Nirgends kommen verstockte Verbrecher und Massenmörder zu Wort, die ihre Position in toleranter Weise erläutern. Ist das nicht furchtbar? Ist das denn Pluralismus?

Was in diesen Tagen in Serbien passiert, ist eine vielleicht eigenartige, vielleicht etwas unbeholfene, aber bestimmt gesunde *Dekontamination nach einem Schnellverfahren: eine Säuberung* von dem schlampigen und grotesken, aber deswegen nicht weniger blutrünstigen zigeunerhaften* Faschismus (*dieser vom seligen Aca Popovic stammende Ausdruck hat nichts mit den Roma zu tun), der hier seit der „antibürokratischen Revolution“¹ herrscht und Millionen von Seelen vergiftet. „In diesem Sinne“ haben die Medien – Gott sei Dank ist es so - buchstäblich über Nacht angefangen, sich zu befreien von den fäkalen Schichten des propagierten nationalen und religiösen Hasses und von der Feindschaft, von der verbrecherischen turboideologischen Erzählung von einer Fünften Kolonie, die mit allen Mitteln zu zerschlagen sei, von jeglicher Werbung für Ausschluss und Gewalt und vom allgemeinen Ignorieren „unserer“ Verbrechen oder zumindest deren Relativierung. Ganz zu schweigen davon, dass sich die bis gestern regimetreuen Medien lustvoll darauf gestürzt haben, die kleinen schmutzigen Geheimnisse der „kleptokratischen“ Familie zu veröffentlichen: all das, was Leser der unabhängigen Zeitungen seit langem wissen. Das findet mancher vielleicht lächerlich, es ist aber richtig, denn es wird den Abonnenten auch dieser Zeitungen Einsicht in Tatsachen ermöglicht, vor denen sie bisher hartnäckig die Augen geschlossen hielten.

Wenn dies alles *Gleichschaltung* ist, dann ist das OK: Diese herrscht auch in Frankreich, England, Deutschland und Italien. Denn in keinem dieser Länder ist es möglich oder denkbar, dass – mit Ausnahme von marginalen Zeitschriften aus dem Untergrund oder Hefter-Publikationen, produziert von kleinen extrem linken oder extrem rechten Gruppen – irgendwelche Medien Werte vertreten, die sich außerhalb des Rahmens allgemein anerkannter zivilisierter Standards befinden. Für Neokommunisten und Neonazis ist dies die *totalitäre Demokratie* (zu diesem Oxymoron haben sie ja schon tausende von Flugblättern zusammengekritzelt), aber das ist deren Problem. Ich verspüre keinerlei Mitleid mit ihnen und bin auch nicht der Ansicht, dass die Unvollkommenheit der modernen Demokratie – und es ist wohl alles in der Welt unvollkommen ... - gerade daran erkennbar wird, dass sie gefährliche Wahnsinnige und allgemein praktizierende Genozidfremde unter Verschluss hält und nicht etwa in TV Studios.

Was die Medien in Serbien nach dem 5. Oktober gemacht haben, ist eine relativ konsequente Entschlackung. Sie befreien sich von jenen faschistoiden Propagandatechniken der Anstiftung zum Wir-Narzissmus und der präzisen Steuerung jenes wie im Labor hergestellten Hasses gegen die Anderen, gegen die politisch, ethisch, religiös, sexuell und sprachlich Andersartigen. Und dies immerhin ohne ein Embargo gegen das Auftreten von Vertretern des Ancien Regime in der Medienlandschaft. Überall sind sie anzutreffen, viel öfter sogar als es der Anstand und der gute Geschmack erlaubten, denn es handelt sich immerhin um Leute, denen ernsthafte Anklagen und Strafverfahren wegen verschiedener Dinge drohen – von Wahlbetrug bis hin zu Kriegsverbrechen.

Das dilettantische, oberflächliche und „ordnungshalber“ nörgelnde Wellenschlagen über die neue Gleichschaltung denunziert sich ja selbst und porträtiert sich als Syndrom des *Verlusts von Wertmaßstäben* infolge jahrelanger systematischer Verschmutzung fast aller Poren der Gesellschaft und nahezu aller Kanäle der Medien und der Kommunikation. Angesichts dessen, dass diesem Regime, dessen Mediensymbole etwa Srebrenica oder Sarajevo sind, einige Jahrzehnte Einparteienskommunismus vorherging, der auf eine Nazi-Okkupation folgte, und dieser Okkupation wiederum eine Diktatur der Gewehrkolben-Gendarmerie des letztgekrönten Karadjordjevic, verwundert es gar nicht, dass hier der Begriff Demokratie - in den Medien und allgemein – so chaotisch gebraucht wird, und dass auch jeder die Vorstellung hat, es sei so etwas wie eine durch eine Kloake durchgezogene uferlose Freiheit.

Ein Pluralismus fundamental unterschiedlicher, unvereinbarer Konzeptionen von Medien und Weltsicht – verkörpert in der parallelen Wir-

1. „Antibürokratische Revolution“ ist das populistische Motto, mit dem Milošević eine erste Säuberung politischer Gegner durchgeführt hat, bekannt unter Kritikern auch als „Joghurtrevolution“, weil die von Milošević-treuen zu den Demonstrationen beordneten Arbeiter mit Joghurt und Teigwaren versorgt wurden und zugesichert bekamen, keinen Lohnausfall zu haben.

kung faschistischer Medien des Regimes und unabhängiger Medien in ein und derselben Gesellschaft – war die Folge der Anomalie der Serbischen Neunziger in der Übergangsphase während jenes *unstarken Totalitarismus*. Jenes Totalitarismus nämlich, der unter den Bedingungen der mit dem Fall der Berliner Mauer entstandenen historischen Realität einfach nicht mehr fähig war, alle seine Gegner zu verhaften, zu töten oder zum Schweigen zu bringen. Dieser Totalitarismus war das paradoxe Ergebnis des epochalen Erscheinens und Absterbens der einst so mächtigen verbrecherischen Ideologie. Eine Ära ohne einen solchen „Pluralismus“ wird auch eine Ära ohne Srebrenica sein, auf die sich nur Nekrophile nicht freuen können. Für diese wird sich aber schnell ein Hefterblättchen finden.

(Übersetzung: D. Paskoski)

Reduktion des Textes auf elementare Aussagen:

1. Inzwischen sollten alle eingesehen haben, dass mit den Ereignissen vom 05. Oktober 2000 in Serbien eine Medienrevolution stattgefunden hat und auch eine positive Veränderung in der Weltanschauung.
2. Hiermit und mit dem Verlauf der Umwälzungen kann man durchaus zufrieden sein.
3. Manche Gesellschaftskritiker und Intellektuelle monieren, in den Medien herrsche seit dem 05. Oktober 2000 eine Gleichschaltung. Diese Kritik weist der Autor als unreflektiert und in den Wertvorstellungen inkonsequent zurück und tut dies in einem kritischen, polemischen, ironischen, sarkastischen und stellenweise zynisch anmutenden Ton.
4. Der Text insgesamt erweckt seinem Ton nach eher den Eindruck, eskalationsorientiert zu sein. Bei genauerem Hinschauen zeigt sich aber, dass er – wenn auch mit beißender Kritik – wesentliche konstruktive Merkmale öffentlicher Kommunikation in den Vordergrund stellt: die Verpflichtung der öffentlichen Medien, demokratische und ethische Werte stets zu achten ebenso wie die Prinzipien der Humanität, der Würde des Menschen und der Menschenrechte.
5. Gerade im Kontext serbischer und allgemeiner ex-jugoslawischer Medien war dies sträflich vernachlässigt bzw. missachtet worden. So ist dem Autor eine Medienlandschaft mit weniger abwechslungsreicher thematischer Orientierung lieber als jene aggressive und menschenverachtende Vielfalt, die es in den Medien des Milošević-Regimes gegeben hat.

Qualitative Analyse des Textes

1. Themenbereich: Nebenerscheinungen

Kommentar zum Themenbereich:

Der Text *Gleichgeschaltetes Denken* ist in der Rubrik „Nebenerscheinungen“ erschienen, in der kritische Auseinandersetzungen mit aktuellen gesellschaftlichen Phänomenen zu finden sind. Dabei ist das Wort Nebenerscheinungen keinesfalls etwa mit Nebensächlichkeit in Verbindung zu bringen. Eher soll hervorgehoben werden, dass es sich um Erscheinungen handelt, die nicht direkt sichtbar sind und die nicht die täglichen Ereignisse in den Vordergrund stellen, sondern deren Neben- und Auswirkungen: das also, was erst aus der Distanz und aus einem reflektierten Blickwinkel sichtbar wird.

2. Titel: Gleichgeschaltetes Denken

Der Titel signalisiert durch die Anführungszeichen eindeutig, dass es sich um ein Zitat, eine Annahme oder Implikation handeln muss. Damit ist er seiner kritischen Potenz beraubt, denn das Zitat könnte als Zeichen der Zustimmung gewertet werden. Mit einem Fragezeichen versehen, wäre der Titel seiner Intention gerechter geworden, das Gesagte in Frage stellen zu wollen (*Gleichgeschaltetes Denken?*). Durch das fehlende Fragezeichen jedoch kann man nicht allein vom Titel ausgehend feststellen, ob der Autor die Gleichschaltung anklagen oder verteidigen will. Da aber die Semantik der Wendung anklagend ist, artikuliert er möglicherweise ungewollt eine konfrontative und somit eskalationsorientierte Haltung: Er klagt entweder jene an, die diese Gleichschaltung verursachen, oder aber er drückt zumindest Misstrauen gegenüber den Intentionen bestimmter Gruppen in der Gesellschaft aus. Diese Anklage ist insofern als konstruktiv aufzufassen, da sie undemokratische Praktiken attackiert.

3. Untertitel: Wer vermisst die Beutelschneider und Mörder?

Der Untertitel beseitigt die Unklarheiten des Titels nicht gänzlich, lässt jedoch die Vermutung zu, dass es Menschen gibt, die aggressive und chaotische Zustände herbeisehnen. Er sucht die Konfrontation mit einer Gruppe, der man unterstellt, Lug und Trug und Gewalt wie unter Milošević wiederherstellen zu wollen. Aber auch dies geschieht eindeutig im Dienste der Herstellung vertrauensvoller, demokratischer, menschenachtender und menschenwürdiger Verhältnisse.

4. Text:

Absatz 1:

Heute haben selbst die Blondinen unter den Radikalen¹ kapiert, dass die Ereignisse vom 05. Oktober in Serbien unter anderem eine Art Medienrevolution darstellen, und dies gerade in fundamentalem, wertendem und „weltanschaulichem“ Sinne. Wenn Serbien am Morgen des fünften Oktober in jenem seit über einem Jahrzehnt „kodierte“ Medienenvironment aufgewacht ist, ist es nur etwa fünfzehn Stunden

1. Gemeint ist sehr wahrscheinlich die langatmige und hartnäckige Rednerin im Parlament, die ehemalige Parlamentspräsidentin Gordana Pop-Lazic, die heute noch in der Rader Radikalen Partei Serbiens (diese wurde vom mutmaßlichen Kriegsverbrecher Vojislav Seselj angeführt) eine exponierte und wichtige Rolle spielt.

später in einer von Grund auf veränderten Umwelt eingeschlafen.

Bereits in den ersten Zeilen ist ein konfrontativer und herausfordernder Ton vernehmbar. In Anspielung auf Blondinenwitze wird blonden Politikerinnen der Radikalen Partei Serbiens (der von Seselj) Begriffsstutzigkeit attestiert, denn „selbst sie“ hätten inzwischen erfasst, dass die politischen Veränderungen in Serbien zu einer Medienrevolution geführt haben. Hiermit wird die Tragfähigkeit und Unumkehrbarkeit des Wandels zum Ausdruck gebracht sowie ein fester Glaube an die Kraft der neuen demokratischen Verhältnisse in den Medien. Was aber in der Sache vertreten wird, ist durchaus konstruktiv: eine grundlegende Befreiung der Medien von propagandistischen Zügen und von ihrem politischen Missbrauch.

Absatz 1 (Fortsetzung):

Als einfacher Mensch, als Genosse und Antifaschist kann man mit dieser Veränderung durchaus zufrieden sein, zumal alles glatt über die Bühne ging. Denn schaut man nach Kroatien hinüber, da ist zu sehen, wie man sich dort mit irgendwelchen manisch extrem Rechten anstrengen und abstrampeln muss, die einen Teil der Medien besetzt haben, als wären diese ihre Markgrafschaft.

Die positiven politischen Veränderungen werden durch die erfreuliche Tatsache ergänzt, dass alles „glatt über die Bühne“ gegangen ist bzw. die Umwälzungen gewaltlos verliefen. Das Beispiel Kroatiens unterstreicht noch die Vorteile dessen, dass nun demokratisch orientierte Parteien den Ton angeben und die Medien nicht mehr unter direktem politischen Einfluss stehen.

Absatz 2:

Im plötzlich demokratisierten Land Serbien macht sich jedoch eine Welle bitterer publizistischer Unzufriedenheit breit, und man fühlt sich gar von den Zeitungen heute angewidert. „Neue Gleichschaltung eingetreten - ojemine. Schlägst du eine Zeitung auf, da vergeht dir schon die Lust darauf, eine andere aufzuschlagen, denn sie sind ja eh alle gleich. Wo sind nur all jene holden Seelenkranken, jene Beutelschneider und Lumpen, die uns länger als ein Jahrzehnt mit ihren hirnerbrannten Geschichten vollgeschwatzt haben? Gebt uns unsere *klinischen Fälle* zurück, wir haben uns so schön an sie gewöhnt!“ Und so weiter und so fort, und stets in diesem Stil: Jeder, der eine ungerechtfertigt hohe Meinung von sich hat, wird als „freier Intellektueller“, „unabhängiger Journalist“, „Querdenker“ oder etwas ähnliches noch ein paar trockene Zweiglein auf den Scheiterhaufen legen, auf den die „uniformen“ *postrevolutionären* Medien, besonders jene bis gestern regime-treuen, gehörten.

Es gibt aber in Serbien trotz allem eine „publizistische Unzufriedenheit“ damit, dass die Differenzen unter den Zeitungen und in der Darstellung des politischen Geschehens insgesamt geschrumpft seien - eine Art „Gleichschaltung“ halte man den Medien vor. Um dieser Kritik zu begegnen, formuliert sie der Autor polemisch um in die Sehnsucht nach jener Hetzpropaganda und menschenverachtenden Berichterstattung, die in den Milošević treuen Medien vorherrschte. Er ruft in Erinnerung, welche menschenverachtende und repressive Funktion die Medien damals hatten.

Diese Umformulierung erscheint etwas überzogen und hat wohl eher die Funktion, durch eine kontrastive und konfrontative Formulierung die Errungenschaften erkennbarer werden zu lassen, die der Sturz Miloševićs mit sich brachte hat.

Absatz 3:

Dabei ist das größte Problem nicht etwa, dass es hier eine Art narzisstisch übermäßig moralisierende Zurechtweisung der „Wendehälse“ gibt (würdet ihr es denn besser finden, wenn „Novosti“ und „Politika“ *konsequent* auf Seiten des Tyrannen blieben, der eh die Gelegenheit lauert aufzuerstehen?), das Problem liegt eher in dem alarmierenden Verlust einer kritischen Orientierung dieser neuen Moralisten, und auch im Fehlen irgendeines seriöseren Kriteriums oder der Fähigkeit, bestimmte Werte konsequent zu vertreten. Als wäre mit dem Verschwinden von Milošević und seiner Beraterclique das Hauptobjekt der Kritik an den Serben verlustig gegangen und damit die default-fixation allen „kritischen Diskurses“. So muss jetzt schnell und in Panik etwas anderes her, egal was - es muss etwas gefunden werden, auf das man sich (als erster oder als einer der ersten) stürzen kann. Sonst könnte nämlich die zweifellos kritische Orientierung/Reputation des Gesellschaftskritikers in Frage gestellt werden.

Deutlicher noch wird die Stoßrichtung der scharfen kritischen Haltung des Autors in diesem Absatz, in dem er hervorhebt, dass das Problem nicht so sehr darin liegt, dass die „neuen Moralisten“ den ehemals regimetreuen Zeitungen eine neue Hörigkeit unter neuen politischen Vorzeichen unterstellten, sondern dass diese moralisierenden Kritiker ihre Kritik unzureichend reflektieren und deren Implikationen nicht bedenken: sie impliziere nämlich, dass jener menschenverachtende und sich an keinerlei Werte haltende böse anarchische „Pluralismus“ der Milošević-Ära pluralistischer und dadurch irgendwie fast „besser“ gewesen sei. Das Symptom dieser Orientierungslosigkeit ist der Verlust des Hauptobjekts der Kritik (Milošević), die Ursache allerdings liegt in fehlender Werteorientierung. Mit anderen Worten, die Medienkritik wettet gleichsam gedankenlos gegen etwas, das eher zu loben wäre: die neue Wertorientierung der Medien.

Absatz 4:

Lasst uns aber die demagogischen Vernebelungen um die „neue Gleichschaltung“ einmal lichten. Die „Monotonie“, die so plötzlich die Medien hierzulande beherrscht, kann in einiger Hinsicht z. B. mit der zum Himmel schreienden Gleichschaltung in den deutschen Medien nach dem 09. Mai 1945 verglichen werden – natürlich ohne streberisch alle historischen Analogien mitzulesen: Siehe da, alle Zeitungen antifaschistisch. Alle Radiosender antinazistisch. Nirgends ein schönes Wort über den Führer, nicht eine verächtliche Wort über die bössartige jüdische Rasse. Nicht ein einziger Buchstabe weist auf den inneren Feind hin, der in Zusammenarbeit mit dem freimaurerisch-plutokratisch-zionistischen äußeren Feind wirkt. Nirgends kommen verstockte Verbrecher und Massenmörder zu Wort, die ihre Position in toleranter Weise erläutern. Ist das nicht furchtbar? Ist das denn Pluralismus?

Aufgrund der Analogie zu den Verhältnissen in Deutschland nach der Kapitulation 1945 wird der Irrtum jener Kritiker in

diesem Absatz noch deutlicher. Auch in Deutschland hätte man eine Gleichschaltung beklagen können. Doch dort ebenso wie heute in Serbien ergibt sich diese vermeintliche Uniformität in den Medien lediglich im Kontrast zu den Propagandamedien vorher und aus einer nach den durchgemachten Erfahrungen durchaus angebrachten Vorsicht.

Absatz 5:

Was in diesen Tagen in Serbien passiert, ist eine vielleicht eigenartige, vielleicht etwas unbeholfene, aber bestimmt gesunde *Dekontamination nach einem Schnellverfahren: eine Säuberung* von dem schlampigen und grotesken, aber deswegen nicht weniger blutrünstigen zigeunerhaften* Faschismus (*dieser vom seligen Aca Popovic stammende Ausdruck hat nichts mit den Roma zu tun), der hier seit der „antibürokratischen Revolution“ herrscht und Millionen von Seelen vergiftet. „In diesem Sinne“ haben die Medien – Gott sei Dank ist es so – buchstäblich über Nacht angefangen sich zu befreien von den fäkalen Schichten des propagierten nationalen und religiösen Hasses und von der Feindschaft, von der verbrecherischen turboideologischen Erzählung von einer Fünften Kolonie, die mit allen Mitteln zu zerschlagen sei, von jeglicher Werbung für Ausschluss und Gewalt und von der allgemeinen Ignorierung oder zumindest Relativierung „unserer“ Verbrechen. Ganz zu schweigen davon, dass sich die bis gestern regimetreuen Medien lustvoll darauf gestürzt haben, die kleinen schmutzigen Geheimnisse der „kleptokratischen“ Familie zu veröffentlichen: all das also, was Leser der unabhängigen Zeitungen seit langem wissen. Das findet mancher vielleicht lächerlich, es ist richtig, denn es wird den Abonnenten auch dieser Zeitungen Einsicht in Tatsachen ermöglicht, vor denen sie bisher hartnäckig die Augen geschlossen hielten.

Die Veränderungen in Belgrad leiten eine „Dekontamination“ der Medien ein. Die Instrumente der Medien und die Sprache der Öffentlichkeit werden von den Giften der ganzen blutrünstigen rassistischen hass- und hetzorientierten Propaganda befreit. Dies ist keine leichte Aufgabe, denn selbst die Sprache des Antirassisten kommt hier ohne implizit rassistische Ausdrücke („zigeunerhafter Faschismus“) scheinbar nicht aus. Daran ändert auch die Abgrenzung nichts, dass der Ausdruck „zigeunerhaft“ hier nichts mit den Roma zu tun hätte. Rassistisch bleibt er schon deswegen, weil seine Semantik auf eine Volksgruppe verweist, der Eigenschaften zugeschrieben werden, die auf weit verbreiteten diffamierenden Vorurteilen basieren. Diffamiert wird hier nun sowohl diese metaphorisch angesprochene Gruppe als auch diejenige, auf die der Ausdruck angewendet wird, die herrschende Klasse unter dem Milošević-Regime. Es deutet sich an, wie notwendig die angesprochene Dekontamination der öffentlichen und vielleicht der Sprache insgesamt ist und wie tief sie gehen muss.

Absatz 6:

Wenn dies alles *Gleichschaltung* ist, dann ist das OK: Diese herrscht auch in Frankreich, England, Deutschland und Italien. Denn in keinem dieser Länder ist es möglich oder denkbar, dass – mit Ausnahme von marginalen Zeitschriften aus dem Untergrund oder Hefter-Publikationen, produziert von kleinen extrem linken oder extrem rechten Gruppen – irgendwelche Medien Werte vertreten, die sich außerhalb des Rahmens allgemein anerkannter zivilisierter Standards befinden. Für Neokommunisten und Neonazis ist dies die *totalitäre Demokratie* (zu diesem Oxyoron haben sie ja schon tausende von Flugblättern zusammengekritzelt), aber das ist deren Problem. Ich verspüre keinerlei Mitleid mit ihnen und bin auch nicht der Ansicht, dass die Unvollkommenheit der modernen Demokratie – und es ist wohl alles in der Welt unvollkommen ... – gerade daran erkennbar wird, dass sie gefährliche Wahnsinnige und allgemein praktizierende Genozidfremde unter Verschluss hält und nicht etwa in TV Studios.

Die Situation in den Medien als „Gleichschaltung“ zu bezeichnen und die Gründe einer gewissen Angleichung zu verkennen, bedeutet nichts anderes, als dass man sich an zweifelhaften Wertmaßstäben orientiert. Radikale Gruppen, die solches tun, werden in demokratischen Gesellschaften zu Recht marginalisiert.

Absatz 7:

Was die Medien in Serbien nach dem 5. Oktober gemacht haben, ist eine relativ konsequente Entschlackung. Sie befreien sich von jenen faschistoiden Propagandatechniken der Anstiftung zum Wir-Narzissmus und der präzisen Steuerung jenes wie im Labor hergestellten Hasses gegen die Anderen, gegen die politisch, ethisch, religiös, sexuell und sprachlich Andersartigen. Und dies immerhin ohne ein Embargo gegen das Auftreten von Vertretern des Ancien Regime in der Medienlandschaft. Überall sind sie anzutreffen, viel öfter sogar als es der Anstand und der gute Geschmack erlaubten, denn es handelt sich immerhin um Leute, denen ernsthafte Anklagen und Strafverfahren wegen verschiedener Dinge drohen – von Wahlbetrug bis hin zu Kriegsverbrechen.

Lobenswert ist aus der Sicht des Autors durchaus, dass sich die Dekontamination und die Entschlackung in den Medien in einer toleranten Atmosphäre vollziehen, d.h. dass die Befreiung von „faschistoiden Propagandatechniken“ und von der Kultivierung des Hasses vonstatten geht, ohne dass Repräsentanten des früheren Regimes und seiner Propaganda verfolgt oder deren Auftritte verboten werden.

Absatz 8:

Das dilettantische, oberflächliche und „ordnungshalber“ nörgelnde Wellenschlagen über die neue Gleichschaltung denunziert sich ja selbst und porträtiert sich als Syndrom des *Verlusts von Wertmaßstäben* infolge jahrelanger systematischer Verschmutzung fast aller Poren der Gesellschaft und nahezu aller Kanäle der Medien und der Kommunikation. Angesichts dessen, dass diesem Regime, dessen Mediensymbole etwa Srebrenica oder Sarajevo sind, einige Jahrzehnte Einparteienkommunismus vorherging, der auf eine Nazi-Okkupation folgte, und dieser Okkupation wiederum eine Diktatur der Gewehrkolben-Gendarmerie des letztgekrönten Karadjordjevic, verwundert es gar nicht, dass hier der Begriff Demokratie – in den Medien und allgemein – so chaotisch gebraucht wird, und dass auch jeder die Vorstellung hat, es sei so etwas wie eine durch eine Kloake durchgezogene unerlöste Freiheit.

Erneut und diesmal etwas expliziter wird die Kritik an der angeblichen Gleichschaltung der neuen Medien als Symptom eines Werteverlustes ausgelegt, der eine lange Vorgeschichte hat.

Absatz 9:

Ein Pluralismus fundamental unterschiedlicher, unvereinbarer Konzeptionen von Medien und Weltsicht – verkörpert in der parallelen Wirkung faschistischer Medien des Regimes und unabhängiger Medien in ein und derselben Gesellschaft – war die Folge der Anomalie der Serbischen Neunziger in der Übergangsphase während jenes *unstarken Totalitarismus*. Jenem Totalitarismus nämlich, der unter den Bedingungen der mit dem Fall der Berliner Mauer entstandenen historischen Realität einfach nicht mehr fähig war, alle seine Gegner zu verhaften, zu töten oder zum Schweigen zu bringen. Dieser Totalitarismus war das paradoxe Ergebnis des epochalen Erscheinens und Absterbens der einst so mächtigen verbrecherischen Ideologie. Eine Ära ohne einen solchen „Pluralismus“ wird auch eine Ära ohne Srebrenica sein, auf die sich nur Nekrophile nicht freuen können. Für diese wird sich aber schnell ein Hefterblättchen finden.

Die Parallelexistenz faschistoider Medien des Milošević-Regimes und unabhängiger Medien in ein und derselben Gesellschaft erklärt der Autor als Folge der Schwächung des Totalitarismus kommunistischer Prägung, der nicht mehr die Kraft hatte, Demokratisierungstendenzen in der Medienlandschaft Einhalt zu gebieten. Der Kampf zwischen Demokratisierungstendenzen und kommunistischen Herrschaftsformen ist durch den Hinweis auf den Fall der Berliner Mauer angedeutet, während die Symbiose von kommunistischer Ideologie und nationalistischen Tendenzen stillschweigend als ein über Jugoslawien hinaus bekanntes Phänomen vorausgesetzt wird.

Gesamteindruck:

Dieser Artikel behandelt die Umwälzungen in Belgrad vornehmlich unter medienpolitischem Aspekt. Nicht wenige konstruktive Elemente sind in Form von Ideen und Ansichten enthalten. Der Ton allerdings ist nicht immer als konstruktiv zu bezeichnen, weil er sich zur Hervorhebung von humanistischen und demokratischen Werten polemisch mit der Gegenseite auseinandersetzt.

Konstruktive Elemente:

- a) Es wird hervorgehoben und begrüßt, dass die Ereignisse in Belgrad zugleich eine Revolution in den Medien darstellten, die mehr und mehr an Unabhängigkeit gewannen.
- b) Die Dekontamination der Medien wird thematisiert bzw. die Tatsache, dass sich die Medien der Propagandatechniken entledigen, die jenen „Wir-Narzissmus“ hergestellt haben, der mit Feindschaft gegenüber allem Differenten einhergegangen sei: gegenüber politisch Andersdenkenden, gegenüber ethnisch, religiös oder sprachlich Andersartigen oder auch gegenüber dem jeweils anderen Geschlecht.
- c) Zudem verteidigt der Artikel die neuen Medien gegen den Vorwurf, nicht wirklich pluralistisch oder gar gleichgeschaltet zu sein, mit dem Hinweis, dass es sich hier eher um eine wertende Neudefinierung des öffentlichen Raumes handelt, der in der Milošević-Ära zu einem rechtlosen und ungeschützten öffentlichen Raum verkommen sei, in dem jede noch so kranke, menschenverachtende und destruktive Ideologie ihren Platz als öffentlichkeitsfähig habe einnehmen dürfen.

Tabelle 4 zeigt die konstruktiven und die weniger konstruktive Elemente.

konstruktive Elemente	nicht konstruktive Elemente
<ul style="list-style-type: none"> - Betonung dessen, dass die Befreiung der Medien von staatlicher Kontrolle und Missbrauch eine Revolution darstellt (im Sinne eines tiefgreifenden Schritts nach vorne) - Betonung der Notwendigkeit, die Medien von den infiltrierten Propagandastrategien und Propagandamechanismen zu befreien - Verurteilung jeglicher Form von Rassismus und Intoleranz gegen anders Denkende oder Andersartige - Ablehnung jeder Relativierung oder gar Leugnung von Verbrechen der „eigenen“ Seite bzw. eigener Mitbürger wider besseres Wissen 	<ul style="list-style-type: none"> - Diffamierung früherer Journalisten als <ul style="list-style-type: none"> - „Geisteskranke“ - „Beutelschneider“, „Mörder“ - „gefährliche Verbrecher“ - „Genozidfremde“ - der früheren Berichterstattung als <ul style="list-style-type: none"> - „hirnverbrannte Geschichten“ - „kriminelle turboideologische Geschichten“ - und der früheren Politik als <ul style="list-style-type: none"> - „schlampiger, grotesker und blutrünstiger Faschismus“ - „zigeunerhafter“ Faschismus“

Tabelle 4: Gleichgeschaltetes Denken, VREME (woz), 19. Okt. 2000

4.2 Der Konflikt in Südserbien (Nov. 2000/März 2001/Mai 2001)

Dieser Themenkomplex beschäftigt sich mit dem bewaffneten Konflikt in Südserbien. Obwohl dieser Serbien destabilisierende Konflikt in den Medien als große Bedrohung verstanden wird, wird er aber seit der politischen Wende in Belgrad dennoch mit Zuversicht begleitet, da man sich der politischen Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft recht sicher ist. Zu beobachten sind auch erkennbare Schritte in Richtung kooperativer Haltung und ausgewogener Berichterstattung. Die albanische Seite im südserbischen ethnischen Konflikt wird differenzierter wahrgenommen, und die Sprache der Be-

richterstattung vermeidet eventuell diffamierende oder diskriminierende Ausdrücke sorgfältig. Die schon früher verbreitete Skepsis, ob die albanische Seite sich kooperativ zeigen könnte, ist jedoch geblieben

4.2.1 „An die Wand gedrückt“ (REPORTER vom 20. Feb. 2000)

Inhalt: In diesem Artikel von Dragana Matovic herrscht ein sachlicher Ton vor. Unter Aufsicht und mit Zustimmung internationaler Vertreter hat der Koordinator für Südserbien, Covic, eine Plattform erarbeitet, mit der die albanische Seite motiviert und gedrängt werden soll, den bewaffneten Kampf aufzugeben und zu Verhandlungen zurückzukehren. Die internationale Unterstützung dieser Plattform sei ein klares Signal an die albanische Seite, dass sie sich um Kompromisse mit der serbischen Seite bemühen sollte. Der albanischen Seite wird nur enger politischer Spielraum eingeräumt, denn sowohl die Regierung in Belgrad als auch die internationale Gemeinschaft drängen auf eine politische Lösung, deren Aufschub die Albaner nicht plausibel machen könnten. Unterstrichen wird die Dringlichkeit der Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen durch die Eskalation von Gewalt. Erschwert werden die Verhandlungen allerdings durch Unstimmigkeit in der Frage, ob Führer bewaffneter albanischer Verbände an den Verhandlungen teilnehmen dürfen, was Belgrad ablehnt. Prognostiziert wird beidseitiges Abweichen von Maximalpositionen und ein tragbares Verhandlungsergebnis unter dem Druck der internationalen Gemeinschaft. In einer noch eskalierten Lage mehr erreichen zu wollen als die albanische Seite an den Verhandlungstisch und die Waffen zum Schweigen zu bringen, sei nicht realistisch und nicht möglich. Die Autorin ist sich sicher, dass dann langsam mehr erreicht werden könne, weil die albanische Seite die vorbereiteten Pläne zu ihrer Integration in das staatliche System nicht würde zurückweisen können.

Konstruktives: Auch wenn dies kein Vorzeigeartikel konstruktiver Berichterstattung ist, hat er dennoch konstruktive Aspekte: Der Bericht ist in sachlicher und argumentativ nachvollziehbarer Rede ohne Schuldzuweisungen oder Diffamierungen geschrieben. Fokussiert werden die Beruhigung der Lage, Kompromissbereitschaft, die allmähliche Stabilisierung des Friedens und die Reintegration der verängstigten und skeptischen albanischen Mitbürger und deren bewaffneter Gruppen in die Gesellschaft. Des weiteren wird der bewaffnete Widerstand unverblümt Terrorismus genannt; die Unterstützung solcher Gruppen wird den albanischen Mitbürgern aber eher aus Angst zugeschrieben. Auch hier ist Vorsicht erkennbar.

4.2.2 „Erkaufen des Friedens“ (NIN vom 12. April 2001)

Inhalt: In diesem Artikel von Tanja Jakobi werden jene Vorurteile, Ängste und Differenzen, die die Menschen in der Krisenregion trennen, auf eine Weise thematisiert, dass sie zugleich verständlich, aber auch korrigierbar und überwindbar erscheinen.

Eingangs hebt die Autorin hervor, dass die Kommunikation zwischen Serben und Albanern zwar von Unsicherheiten geprägt, aber dennoch kooperativ sei. Vorurteile und Ängste lassen im Artikel die Serben den Albanern Gewaltbereitschaft und systematischen Separatismus vorwerfen, zugleich jedoch erkennen, dass auch sie sich, wie diese des Kampfes müde, nach einem normalen Alltag sehnen. Bei einem Treffen der Dorfbewohner zur Diskussion der amerikanischen Hilfe für den Wiederaufbau der Infrastruktur treten ethnische Unterschiede völlig zurück, und es wird erkennbar, dass es durchaus noch viele verbindende Interessen gibt. Der Artikel versäumt es auch nicht, zu betonen, dass wirtschaftliche Hilfe zur Befreiung und Versöhnung durchaus beitragen kann, aber unbedingt von politischen Schritten begleitet werden muss.

Konstruktives: Hier ist es schon in der Inhaltswiedergabe möglich gewesen, auf die konstruktiven Elemente hinzuweisen. Es ist ein Bericht, der, subtil und menschnah, ohne sensible Probleme auszuklammern, Perspektiven zu ihrer Lösung andeutet. Zudem betont er konkrete gemeinsame Interessen, die im Kontrast zu Vorurteilen und Misstrauen als Produkten der Angst stehen.

4.2.3 „Lassen Sie uns dem Frieden eine Chance geben“ (GLAS JAVNOSTI vom 20. Mai 2001)

Inhalt: Dieser Artikel von P. Pasic berichtet von den bereits im Februar des Jahres 2001 eingeleiteten Friedensverhandlungen über die Krise in Südserbien, die durch die Vermittlung von Vertretern der internationalen Gemeinschaft zur allmählichen Entspannung der Lage insgesamt zwischen der albanischen und der serbischen Seite geführt haben. Dem soll der nächste Schritt folgen. Mit diesem ist eine sehr sensible Operation vorgesehen: die Rückkehr serbischer/jugoslawischer Sicherheitskräfte in die Sicherheitszone, Sektor ‚B‘. Um das Risiko zu minimieren, ist die neue Regierung in Belgrad bemüht, diese Operation als friedenssichernde Maßnahme und als einen Schritt zu mehr Sicherheit zu präsentieren.

Konstruktives: Der Artikel stützt sich inhaltlich auf den offenen Brief Nebojsa Covics an die Bürger in der Krisenregion. Die Anordnung der Aussagen, die Auswahl der Titel und der Grundtenor des Berichts sind konstruktiv. Jedoch ist der Inhalt dieser konstruktiven Elemente hauptsächlich Zitat oder Paraphrase des Inhalts von Covics offenem Brief. Folglich widerspiegelt der Artikel selbst im Grunde recht passiv konstruktive Elemente aus der Politik.

4.3 Die Verhaftung von Milošević und seine Auslieferung an den Internationalen Gerichtshof in Den Haag (Nov. 2000/März 2001/Mai 2001)

Auf Drängen des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag findet in der serbischen Öffentlichkeit eine Debatte über ein Gesetz statt, das die Zusammenarbeit mit dem Kriegsverbrechertribunal regelt. Diese Frage spaltet die politische Öffentlichkeit bis hin zur Krise der neuen Regierung, denn der Präsident Kostunica ist gegen, der Regierungschef Djindjic dagegen für eine Auslieferung Miloševićs an Den Haag. Ersterer meint, dass dadurch die Gesetze und die Souveränität des Landes verletzt würden, während letzterer die an die Erfüllung dieser Bedingung geknüpfte Unterstützung der internationalen Gemeinschaft nicht verspielen möchte.

4.3.1 „Milošević als Exportartikel“ (REPORTER vom 30. Mai 2001)

Inhalt: In diesem Artikel versucht der Belgrader Anwalt Djordje Mamula, mehr Klarheit in die Debatte um die Auslieferung Miloševićs zu bringen. Seiner Ansicht nach herrscht in dieser Frage eine Doppelmoral: Man solidarisiere sich mit den Opfern des Krieges und verurteile Verbrechen gegen die eigenen Landsleute, solidarisiere sich aber zugleich aus demselben Grund mit den Tätern. Nur langsam setze sich die Überzeugung durch, dass Verbrechen geahndet werden müssten, ganz gleich, von wem und warum sie verübt wurden. Einwände gegen das Haager Tribunal erinnerten an jene, die auch gegen die Nürnberger Prozesse vorgebracht worden seien: Es handle sich um Einwände, die Verfahrens- und formalrechtliche Aspekte in den Vordergrund stellten, die die unbedingt zu ahndenden Verbrechen aber und die breite institutionelle und politischen Abstützung des Tribunals nicht ausreichend betonten. Ob vor einem Gericht im In- oder Ausland, Verbrechen müssten zum Schutz des Wertesystems bestraft werden. Wegen der spezifischen Rolle Jugoslawiens im Spannungsfeld zwischen Washington und Moskau stießen frühere Übergriffe des Staates kaum auf Proteste. Deswegen sei für viele erst mit dem 05. Oktober 2000 der Zweite Weltkrieg zu Ende gegangen, und Serbien und Montenegro würden langsam als das eigene Land empfunden, für das man Verantwortung tragen muss. Das Land trete nun aus einer Desorientierung heraus, und das Interesse an Politik nehme so sehr zu, dass die Regierung diesem Prozess nicht richtig nachzukommen vermöge und es kaum schaffe, alte Hürden für einen Neuanfang aus dem Weg zu räumen: Es fehle an Raum für Initiativen und an einer eindeutigen Entscheidung für Toleranz und politische Freiheit.

Konstruktives: Auch wenn man den Optimismus dieses Artikels nicht teilt, muss man ihm konstruktive Aspekte zuerkennen. Konstruktiv ist vor allem die Perspektive, die sich hier öffnet: Das gestiegene Interesse an Politik fordert Initiative und klare Entscheidungen für Toleranz und politische Freiheit. Nur die Regierung muss noch nachziehen. Der Artikel bejaht und mobilisiert die Kräfte, die der Wiederaufbau des Landes tatsächlich dringend braucht.

4.3.2 „Bedingte Koinzidenz“ (VREME vom 17. Mai 2001)

Inhalt: Der Artikel von Stojan Cerovic bietet eine andere Perspektive. Die Debatte um die Auslieferung Miloševićs verkompliziert die Dinge. Die Geberkonferenz und die USA knüpfen jegliche Aufbauhilfe an die Auslieferung Miloševićs an das Haager Tribunal. Die Schuld Miloševićs steht fest, die finanziellen Vorteile seiner Auslieferung ebenso, und im Lande hegt kaum jemand Sympathien für ihn. Was also spricht gegen eine Auslieferung?

Und jetzt ist wohl alles in Ordnung. Hat etwa jemand etwas dagegen, dass uns Gelder für den Wiederaufbau und für Entwicklung gegeben werden? Ist es nicht besser, gesetzestreu zu handeln als ohne gesetzliche Grundlage? Und hat Milošević nicht eine große Schuld, für die er sich verantworten sollte? Wir werden doch wohl jetzt nicht sagen, dass wir lieber Wurzeln essen werden, statt unseren Sträfling in einem fremden Gefängnis sitzen zu lassen?

Die Debatte um das Haager Tribunal erweckt den Eindruck, als müsse sich Milošević nicht so sehr wegen seiner Verbrechen gegen die Menschen im ehemaligen Jugoslawien verantworten, sondern eher deshalb, weil er sich mit den USA angelegt hat. Und im Lande selbst haben die serbischen Behörden eine Prozess gegen Milošević in Aussicht gestellt, ohne dass jedoch etwas passiert.

Hätten wir uns auf eine etwas bessere Weise herausmogeln wollen, so gab es Möglichkeiten dazu – zumindest theoretisch. Die eine Möglichkeit war, eine seriöse Untersuchung von allem einzuleiten, einschließlich der Kriegsverbrechen, und hier ein Verfahren vorzubereiten. Aber seit Milošević inhaftiert ist und ihm als größte Sünde Machtmissbrauch im Zusammenhang mit dem Erwerb eines Hauses zur Last gelegt wird, hat man nichts mehr davon gehört. Ich neige zu der Annahme, dass die Zuständigen diese Sache vergessen machen wollen und dass kein Gerichtsverfahren vorbereitet wird – auch wenn es versprochen wurde. Oder hat man etwa begriffen, dass es allzu schwierig, ja unmöglich werden könnte, ein solches Verfahren zu durchzuführen, oder aber, dass Milošević letztlich doch nach Den Haag wird müssen? Es ist von dieser ärmlichen Regierung offensichtlich zu viel verlangt, Wort zu halten und für Souveränität und Würde zu sorgen – für ihre eigene wie für unsere.

Kurz: Milošević soll ausgeliefert werden, weil er sich für seine Verbrechen verantworten muss und weil wirtschaftliche Hilfe davon abhängt. Und er soll nicht ausgeliefert werden, damit man sich im Lande mit seiner Rolle und der „Milošević-Gesellschaft“ bzw. der Milošević-Ära gründlich auseinander setzen kann. Eine schwierige Entscheidung.

Wenn also Milošević – wie es scheint – nach Den Haag kommt, wird dies einen Schlusstrich unter seine historische Episode setzen, oder zumindest unter den Teil, der die Welt betrifft, das große Thema seines Konflikts mit der Welt. Erst dann wird Washington den vollständigen Sieg verkünden können, und dies ist zweifellos der Hauptgrund für die hartnäckige Forderung nach seiner Auslieferung. Aus der Sicht der Supermacht ist er jemand, der sich eine Herausforderung angemaßt hat, ein schlechtes Beispiel abgegeben hat und deswegen bestraft werden muss. In diesem Sinne ist der Fall Milošević viel wichtiger, als er aus serbischer Sicht erscheint, wo man vor allem seine Verbrechen im Lande vor Augen hat.

Das Missgeschick besteht aber darin, dass Washington sich so grob und direkt auf sein Ziel zu bewegt, als ob General Obradovic seine Verführungskünste zeigt. Diese Herangehensweise, diese Art, Bedingungen zu stellen und Druck durch Macht auszuüben, widersprechen den Zielen, die man hierzulande mit der Verurteilung Miloševićs erreichen sollte. Es wird noch dahin kommen, dass es so aussieht, als sei er vor allem Amerika gegenüber schuldig, weil er es in einen falschen Krieg hineingezogen hat, und als müsse er nun wegen der Geberkonferenz nach den Haag. Die Lehre aus seinem Fall, die lauten sollte: „Begehe keine Verbrechen“, verwandelt sich in ein „Suche keinen Streit mit Amerika“.

Folge: Die wichtige innerserbische Auseinandersetzung mit Milošević und seiner Politik und mit der serbischen Gesellschaft in dieser Zeit insgesamt droht nicht stattzufinden. Durch die Auslieferung hätten die USA ihren Schuldigen, und die serbische Politik würde sich der Gerechtigkeit zuliebe nicht nur eines lästigen Gefangenen entledigen, sondern auch der Aufgabe der Aufarbeitung der Schuld, die gewissermaßen ins Ausland getragen würde. Die Konfrontation der serbischen Gesellschaft mit den dunklen Seiten ihrer Vergangenheit und Gegenwart würde ausbleiben und damit die Gelegenheit verpasst werden, aus der Geschichte zu lernen.

Konstruktives: Das Wichtigste in diesem Artikel ist die Betonung der Notwendigkeit, sich im Lande mit der Milošević-Ära kritisch auseinander zu setzen. Die Auslieferung Miloševićs an den Internationalen Gerichtshof in Den Haag könnte den Eindruck erwecken, dass das Kapitel Milošević erledigt sei, und die Regierung in ihrem Zögern bestärken, eine breite Auseinandersetzung mit der Vergangenheit anzustoßen. Diese Auseinandersetzung aber ist für Cerovic die Voraussetzung für den Prozess der Erneuerung und der Versöhnung. Ihr Fehlen würde den aggressiven Rassismus und den Totalitarismus der Milošević-Ära als historisch möglich und somit auch als wiederholbar hinnehmen. Darauf aufmerksam zu machen, hat eine konstruktive bzw. friedensfördernde Dimension. Es fällt zudem auf, dass es in dieser Zeit kaum Artikel gibt, die dieses Thema aufgreifen, und noch weniger, die dies in diesem Kontext tun.

4.3.3 „Wen kümmert’s?“ (VREME vom 28. Juni 2001)

Inhalt: Auch in diesem Text widmet sich Cerovic dem Thema der Auslieferung, die sich nun im fortgeschrittenen Stadium befindet. Jedoch kommt hier ein neuer wichtiger Aspekt der Diskussion zur Sprache.

Die Hindernisse für die Auslieferung Miloševićs sind beseitigt. Die Auslieferung stellt eine internationale Verpflichtung dar und ist daher politisch korrekt. Milošević trägt die Schuld für Verbrechen, folglich ist seine Auslieferung auch juristisch gerechtfertigt. Durch sie würde auch die Wirtschaftshilfe der Geberländer beschleunigt, was wichtig, richtig und für die Gesellschaft nützlich wäre. Gegen die Auslieferung spricht scheinbar nichts. Und die Debatte um die Souveränität und die Würde des Landes verkommt zur akademischen Frage, die im Zeitalter der Globalisierung überholt zu sein scheint und die sich ein kleines, schwaches und erschöpftes Land wie Serbien im Grunde gar nicht zu stellen braucht.

Beseitigt sind also auch die letzten Hürden, die zwischen Slobodan Milošević und Karla del Ponte lagen. Die Auslieferung wird bald vollzogen, und keiner rechnet damit, dass es hier ernsthaften Widerstand geben wird. Umfragen zeigen, dass sie von immer mehr Bürgern Serbiens befürwortet wird, teils wegen der Geberkonferenz, teils wegen der verstärkten Kampagne der Aufklärung von Kriegsverbrechen; und das Schönste ist, dass diese zwei Motivationen, die materielle und die moralische, nicht kollidieren, sondern in den Köpfen der meisten Menschen einander recht harmonisch ergänzen. Er ist ja schuldig, und es lohnt sich auch noch. Es ist besser, nicht nachzuprüfen, ob er weniger schuldig wäre, wenn es sich nicht lohnen würde.

Und doch stellt sich zumindest für Cerovic die Frage nach Souveränität und Würde weniger in dem herkömmlichen und debattierten Sinne, ob es sich Serbien leisten kann, dem Auslieferungs-Druck aus den USA Stand zu halten, als eher als die nach der mangelnden Souveränität im Umgang mit Milošević. Ein souveräner Umgang mit diesem Problem würde heißen, dass sich Serbien gründlich auseinander zu setzen hätte nicht nur „mit dem eigenen Führer“, sondern auch mit der eigenen Rolle und deren Folgen in der jüngsten Geschichte des ehemaligen Jugoslawiens. Stattdessen trifft man allenthalben auf Gleichgültigkeit: Wen kümmert’s?

Serbien war nicht in der Lage, sich mit seinem eigenen Führer auseinander zu setzen, zumindest nicht so, wie der Rest der Welt es für angebracht hielt. Nicht die Polizei, nicht die Gerichte, nicht die Staatsanwaltschaft. Mit ihm hat man aber etwas tun müssen, schon aus Angst vor dem Zorn Gottes. Das einzige, was dieses müde Land offensichtlich nur hat tun können, ist zuzulassen, dass ihn jemand abholt. Alles Zögern, alle Ablehnungen und Versuche, dies nach einem Reglement durchzuführen, sind die Frucht der matten Erinnerung an bessere Zeiten, die es vielleicht gar nicht gegeben hat, und die Frucht des Bewusstseins, dass man solche Dinge aus irgendwelchen Gründen bislang nicht getan hat.

Milošević auszuliefern ist der letzte Schritt, den Serbien beim Heraustreten aus der Geschichte tun muss. Für Serbien ist es eine banale Episode, die keine Aussicht darauf hat, irgendeine Spur im kollektiven Gedächtnis zu hinterlassen. Diejenigen, die versuchen, daraus ein

moralisches Problem zu machen, haben kein Recht darauf, denn es sind hauptsächlich Miloševićs Mittäter. Jene aber, die das Recht hätten, haben keine Lust dazu, denn sie begreifen, dass Serbien solche Probleme nicht braucht.

Durch die Aufgabe der Chance, sich diesen Fragen souverän und mit Würde zu stellen und der selbst verschuldeten geschichtlichen Marginalisierung zu begegnen, verspielt Serbien die eigene Mündigkeit und „tritt aus der Geschichte heraus“ – für lange Zeit wird künftig „niemandes Stimme von hier“ in der Welt gehört werden.

Konstruktives: Neben der erneuten Auseinandersetzung mit der Vergangenheit kommt ein friedenspolitisch wichtiger Aspekt zur Sprache: eine ergänzende Klärung zur Souveränitätsdebatte. Souveränität erschöpft sich keineswegs in der Eigenständigkeit von Entscheidungen; souverän ist vielmehr, wer fähig ist, sich mit sich selbst auseinander zu setzen. Diese eher individualpsychologische Sicht wird hier jedoch passend auf gesellschaftliche Verhältnisse übertragen. Konstruktiv ist diese Perspektive deshalb, weil die serbische Gesellschaft nach der totalitären Zeit eine gesunde Auseinandersetzung mit sich selbst braucht.

4.4 Der innerserbische politische Konflikt (Nov. 2000/März 2001/Mai 2001)

Die Auseinandersetzung mit der totalitären Vergangenheit wurde bereits im vorhergehenden Komplex thematisiert. Diese Auseinandersetzung hat jedoch nicht nur nicht stattgefunden, man scheint sie sogar für überflüssig und überholt zu halten. Dass dies die Entstehung einer neuen politischen Kultur behindert, wird in den hier ausgewählten Artikeln verdeutlicht.

4.4.1 „Die Sprache wird die Radikalen stürzen“ (NEZAVISNA SVETLOST vom 21. April 2001)

Inhalt: In diesem Artikel von Slobodan Cuparic werden Äußerungen politischer Experten zum diskutierten Verbot der Radikalen Serbischen Partei des mutmaßlichen Kriegsverbrechers Vojislav Seselj wiedergegeben. Eine Gruppe vertritt die Ansicht, dass die aggressive und diffamierende Sprache der Radikalen und deren ausfälliges Auftreten in der Öffentlichkeit und im Parlament wie ein Bumerang auf sie selbst zurückschlagen und dass sie sich mit einem solchen Verhalten politisch selbst disqualifizieren würden. Deswegen sei ein Verbot nicht nötig.

Eine andere Gruppe hält ein Verbot deshalb nicht für nötig, da Verbote von Parteien mit der neuen demokratischen Ordnung nicht verträglich seien. Wohl aber sei eine Aktion demokratischer Kräfte vonnöten, um die Radikalen zu marginalisieren und ihnen so den Weg ins Parlament zu versperren. Denn sie benutzten das Parlament nicht, um politische Interessen zu vertreten, sondern um sich zur Schau zu stellen und andere zu beschimpfen und zu beleidigen.

„Die Radikalen (werden) mit ihrer Unkultur nur noch von sich selbst reden, und das mehrheitliche Serbien wird sich nach andersartigen Vorbildern erziehen.“

Einig sind sich aber alle darin, dass eine andere Kultur des öffentlichen Diskurses entstehen müsse, da die Radikale Partei ja nur den unregelmäßigen und politisch und gesellschaftlich brach liegenden Alltag reproduziere.

„Die Partei ist so, wie sie ist. Was die sagen, ist zum großen Teil Ausdruck unseres serbischen Alltags.“

Die Ansicht, dass sich die Radikalen selbst disqualifizieren würden, hat sich inzwischen endgültig als falsch erwiesen, nachdem sie drei Jahre später (im Dezember 2003) als stärkste Kraft aus den Parlamentswahlen hervorgegangen sind und die Regierungsbildung im Serbischen Parlament schwieriger denn je ist. Vielleicht (und ich bin mir hierin ziemlich sicher) hat gerade die Vernachlässigung der Kultivierung des öffentlichen Diskurses dazu geführt, dass die Radikalen, die eine seit Milošević nicht wesentlich veränderte Kommunikationskultur am besten reproduzieren, deswegen am ehesten verstanden werden und folglich auch Zuspruch erfahren.

Konstruktives: Das konstruktive Element in diesem Artikel liegt in der Einsicht, dass eine demokratische Ordnung von einer Kommunikationskultur abhängt, die es erst aufzubauen gilt. Andernfalls besteht die Gefahr, Demokratie auf demokratisch konzipierte Verfahren zu reduzieren und anzunehmen, man habe eine Demokratie, die aber seltsamerweise nicht so ganz funktioniert.

4.4.2 „Der Ruf der Wildnis“ (VREME vom 11. April 2002)

Inhalt: Hier setzt sich Stojan Cerovic mit Misstrauen und mit Verschwörungstheorien auseinander, die das politische Alltagsdenken verseuchen haben und lähmen und die verhindern, dass ein für das politische Leben notwendiges, gesundes Maß an Vertrauen aufgebaut werden kann. Der Autor warnt vor katastrophalen Folgen für die Gesellschaft, wenn es Djindjic nicht gelingen sollte, die Korruption einzudämmen, und nicht insgesamt wieder eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen werde. Zwar hängt beides zusammen, ersteres aber ist zum Teil eine technische Frage, während letzteres eine Frage der politischen Kultur und der Kultur insgesamt ist. Verheerende Auswirkungen jedoch wird das Misstrauen haben, wenn weiterhin versucht wird, durch Verschwörungstheorien einen Konflikt zwischen Kostunica und Djindjic zu provozieren. Ironisch formuliert Cerovic das so:

„Die Politik ist eine Kabale, eine Intrige und Verschwörung - oder sie ist nichts, lautet die Schlussfolgerung der meisten Bewohner dieser Shakespeare-Welt. Wenn also Kostunica Serbien nicht in das zwölfte Jahrhundert zurückführt, wird Djindjic es ausrauben und fremden Wucherern und Ausbeutern verkaufen.“

Solche Kämpfe seien ein Verschleudern von Kräften und Möglichkeiten, die sich gerade aus den unterschiedlichen Temperamenten dieser Personen ergäben. Es müsse endlich Schluss sein mit jenen aus der totalitären Zeit ererbten schizophrenen Verschwörungstheorien und mit hasserfülltem Misstrauen. Dies führe zu einer Zerrüttung der öffentlichen Raums und zum Zusammenbruch. Um das zu verhindern, gelte es, die destruktiven Mechanismen abzulegen und mit allen Kräften mitzuhelfen, dass das Land aus der Krise herausfindet.

„Ein solcher Zusammenbruch geschah in Albanien und teilweise in Bosnien. Ein Mittel dagegen gibt es noch nicht. Um diesem Schicksal zu entgehen, müsste jeder von uns das Beste aus sich herausholen, und wir müssten noch wirklich Glück haben. Aus dieser Perspektive gesehen, verstehe ich die Lust mancher Leute nicht, Djindjic und Kostunica Gruben zu graben. Wenn der Konflikt wirklich ausbrechen sollte, wird das nur heißen, dass beide den Kampf im Voraus verloren haben und wir auch.“

Konstruktives: Konstruktiv ist die Auseinandersetzung mit virulenten destruktiven Mechanismen im öffentlichen serbischen Diskurs: mit Verschwörungstheorien und Misstrauen.

4.4.3 „Das Risiko des Anstandes“ (VREME vom 11. April 2002)

Inhalt: Stojan Cerovic beschäftigt sich in diesem Artikel mit dem Kampf um Kommunikationskultur und Kultur als Voraussetzungen für eine tolerante demokratische Gesellschaft, hier speziell mit dem Mangel an Anstand und dessen falschem Verständnis. Sein Ziel besteht darin, gegen die „ekelhafte dümmliche Rhetorik des Patriotismus und des Verrats“ anzukämpfen.

„Die Zweiteilung in Patrioten und Verräter zeichnet sich im Hintergrund aller Auseinandersetzungen ab, sei es um das Haager Tribunal, um die Beziehung zu Montenegro, um Wirtschaftsreformen, um das Militär, die Bildung und schließlich um das Verhältnis zu Europa und zum Westen. Es stellt sich heraus, dass am 5. Oktober das Bündnis der „Patrioten und Verräter“ gewonnen hat, und da jetzt dieses Bündnis zerfällt, werden alle gewichtigen Fragen des Staates und der Gesellschaft nach diesem allerdümmsten Muster formuliert.“

Dabei verlangt eine funktionierende politische Kultur Anstand bzw. die Achtung und Beachtung eines allgemein anerkannten und ausgewogenen Systems von Regeln, das dafür sorgt, dass die Energie der Gesellschaft nicht in einem Kampf aller gegen alle verbraucht wird.

„Unlängst hat mir eine Freundin diese Worte eines polnischen Dichters zitiert: „Wenn du nicht weißt, was du tun sollst, benimm dich anständig“. Und kaum hatte ich den Gedanken gefasst, dass dies ein herrlicher Slogan sein könnte für eine Aktion „Es ist nicht schwer, sich fein zu benehmen“ und für das ständige Demonstrieren von Toleranz, meldeten sich Proteststimmen von links und von rechts und von überall. Ich begriff, dass es hier niemanden gibt, der sich nicht angegriffen und in seinen Rechten eingeschränkt fühlte, wenn man plötzlich auf Anstand bestehen würde.“

Anstand wird hier völlig falsch verstanden. Mit Einschränkung und Zurechtweisung verbindet man im Lande des „Wir-Narzissmus“ Anstand - und weniger mit Respekt gegenüber anderen, mit der Achtung und Pflege von Werten oder mit der Aufrechterhaltung einer offenen und toleranten Ordnung. Dies verweist auf Mängel, die sich verheerend auf den öffentlichen Diskurs auswirken.

„Die Unanständigkeit hier ist nicht das Resultat eines Erziehungsfehlers. Sie ist Ausdruck des mangelnden Glaubens an die Ordnung der Dinge, an Werte der Gesellschaft, an die Richtigkeit der geltenden Regeln und die gerechte Verteilung von Macht und Reichtum: In diesem Sinne ist die Unanständigkeit eine ernsthafte Hürde für die Erneuerung Serbiens. Und wenn Sie sagen, sie hätten ähnliche Phänomene auch in anderen, besser angepassten Ländern gesehen, und dass es sich eher um einen weltweiten Aufstieg der Unverschämtheit und des Zynismus handle, bleibt immer noch zu bedenken, dass stabile Gesellschaften mit solchen Schlägen und Krisen leichter fertig werden.“

„Oder soll man das Ganze aus der Sicht eines Fahrgastes sehen, der im Zug sitzt, ganz gleich, ob dieser fährt oder nicht. Man kann da bei Gott nicht viel machen, und über irgendetwas muss man ja reden. In unserer Version würde also jener zitierte Gedanke lauten: „Wenn du nichts zu tun hast, fang Verräter oder Patrioten“.

Konstruktives: Auch hier findet eine konstruktive Auseinandersetzung mit gefährlichen und aktiv destruktiven Mechanismen im serbischen öffentlichen Diskurs statt. Wiederum handelt es sich um Verschwörungstheorien und Misstrauen. Das Konstruktive erschöpft sich hier allerdings nicht in der Kritik. Das wichtigste konstruktive Moment ist die Hervorhebung der kulturellen Bedeutung des Anstands sowie des Aufbaus und der Pflege eines fair rücksichtsvoll funktionierenden öffentlichen Diskurses, einer offenen Kommunikationskultur.

4.5 Der Staatsvertrag zwischen Serbien und Montenegro (März 2002)

Diese Themengruppe ist nicht mit einer solchen Leidenschaft behandelt worden wie die erste, dritte und vierte. Abgesehen von einer gewissen Enttäuschung darüber, dass sich die beiden Republiken durch den neuen Staatsvertrag noch weiter

auseinander entwickeln könnten bis hin zu einer völligen Trennung, überwiegt die Zufriedenheit damit, dass eine Lösung gefunden worden ist, die die befürchteten schärferen Auseinandersetzungen nun ausschließt.

4.5.1 „Serbien und Montenegro – Eine schweizer Familie“ (DNEVNIK vom 17. März 2002)

Inhalt: In diesem in der Tageszeitung DNEVNIK in Novi Sad (Wojwodina) erschienenen Artikel vertritt Radoslav Stojanovic die Ansicht, dass der Vertrag eine gute Lösung sei. Dies wird bereits im Titel angedeutet, indem die Gemeinschaft zwischen Serbien und Montenegro als eine Art Konföderation gesehen wird. Im Text selbst wird dies jedoch dahingehend präzisiert, dass es doch ein spezifisches politisches Gebilde sei (Untertitel: Ein Staat, wie es ihn nirgends gibt). Nach einer genaueren Darlegung der Gemeinsamkeiten im Staatenbund resümiert der Autor, dass es eine Gemeinschaft sei, die sowohl Eigenschaften einer Föderation als auch einer Staatengemeinschaft wie der EU habe.

Der Artikel betont mehrfach die Ähnlichkeit des neuen Staatenbundes mit der Europäischen Union und betrachtet dies als Voraussetzung für eine mögliche Integration in die EU („eine Eintrittskarte für Europa“).

Konstruktives: Konstruktiv ist die Perspektive, dass die Integration in die Europäische Gemeinschaft vorgezeichnet sei. Da dies der Wunsch und die Hoffnung der Bürger ist, hat es eine ermutigende Wirkung. Außerdem könnten die herausgearbeiteten Ähnlichkeiten mit der EU zur verstärkten Akzeptanz demokratischer Werte beitragen.

4.5.2 „Abwurf des Ballasts“ (VREME vom 21. März 2002)

Inhalt: Dieser Artikel hebt Dinge hervor, die an sich zwar nicht unbedingt als konstruktiv zu bezeichnen sind, wohl aber im Kontext der Beziehungen zwischen Serbien und Montenegro. Stojan Cerovic betont, dass es sich bei diesem Staatsvertrag von serbischer Seite um die pragmatische Entscheidung handle, sich von Dingen zu lösen, die keine Perspektive bieten. Die Verhandlungen mit Montenegro haben sich schwierig genug gestaltet. Es ist nicht erkennbar, dass Montenegro an einem gemeinsamen Staat interessiert ist. Daraus folgt für die serbische Seite, dass eine distanziertere, mehr auf Selbständigkeit beruhende Beziehung im Moment jene Lösung ist, die weniger Kräfte raubt.

Da sich Serbien in einem dynamischen Erneuerungsprozess befindet, ist es nur pragmatisch und klug, nicht funktionierende Dingen erst einmal beiseite zu lassen, um sich auf das Wesentliche konzentrieren zu können. In diesem Sinne ist Serbien ein Ballon, der sich beim Aufstieg „des Ballasts“ entledigt.

Konstruktives: Auf den ersten Blick scheint diese Sicht nicht gerade konstruktiv, da sie Serbien als zu sehr mit sich selbst beschäftigt darstellt. Tatsächlich ist aber die Betonung pragmatischer und praktikabler Lösungen insofern eine konstruktive Haltung, als sie von jener pathetischen, emotionalen Rede von Brudervölkern und von der halb mystischen Darstellung der Beziehungen wegführt und versucht, sie in eine nüchterne und rationale Form zu überführen, die in dieser Situation wohl doch angebrachter und hilfreicher ist.

4.5.3 „Der montenegrinische Blickwinkel: Salso und Abrechnung“ (VREME vom 21. März 2002)

Inhalt: Im diesem Artikel zitiert Vera Didanovic kritische Stimmen bezüglich der Unfähigkeit der beiden Parteien, eine Übereinkunft zu finden, so dass sie einen Staatsvertrag unter Assistenz der EU abschließen mussten. Die Art der neuen Gemeinschaft selbst werde zudem zum Teil gegensätzlich eingeschätzt. Während die einen meinten, dass sie in einigen Jahren zu mehr Integration führen werde, behaupten andere, dass sie hin zu Desintegration bzw. zu zwei unabhängigen Staaten führen werde. Beide Seiten seien, so die Ergebnisse politologischer Studien, ein bisschen zufrieden. Hieraus ergebe sich, dass der Anteil der Unzufriedenen nicht hoch genug sein werde, um zu ernsthaften Konflikten zu führen.

Konstruktives: Diese leichtfüßige Schilderung des Problems hat den konstruktiven Aspekt, dass sie im Kontrast zur früheren dramatisierenden und konfliktschürenden Darstellung des Themas Seiten betont, mit denen dieser Text eine Entspannung geradezu herbeiführt.

5. Resümee

In den Ergebnissen der qualitativen Analyse zeichnet sich eine Struktur recht klar formulierter Problemfelder ab, die sich als *manifeste Merkmale* friedensorientierter Berichterstattung in der jugoslawischen Presse wahrnehmen lassen:

1. Politischer Wandel: Der Wandel in Belgrad wird in seiner politischen Dimension allenthalben gewürdigt. Es wird zugleich auch die Notwendigkeit erkannt, dass damit ein grundlegender *gesellschaftlicher Wandel* eingeleitet und vollzogen werden müsste und dass eine Ablehnung des früheren totalitären Systems nicht ausreicht, um eine demokratischen Ordnung aufzubauen und dem Land eine zukunftssträchtige Perspektive zu öffnen. An diesem Punkt konzentriert sich der kritische Blick der analysierten Presstexte auf die neue politische Führung.

2. *Wertmaßstäbe*: Es wird richtig erkannt, dass es die politisch und allgemein gesellschaftlich destruktive Arbeit des korrupten Milošević-Regimes in dem Jahrzehnt seiner unumschränkten Herrschaft geschafft hat, grundlegende *Wertmaßstäbe* zu zersetzen, ohne ein akzeptables und gesellschaftlich tragbares alternatives Wertesystem angeboten oder entwickelt zu haben. So wird festgestellt, dass die Wertmessstäbe neu konstituiert werden müssen, und zwar im Rückgriff auf historische Erfahrungen und mit einem konstruktiven Blick in die Zukunft.

3. *Medien (als Objekt und Phänomen)*: Gleichzeitig mit dem politischen Wandel hat sich eine *Medienrevolution* mit einer sehr kritisch-konstruktiven Sicht vollzogen, die sich durch *Dekontamination* der feindseligen und menschenverachtenden Propagandatechniken des Milošević-Regimes entledigt und die versucht, die eigene Bedeutung sowohl im Prozess der Überwindung überkommener Strukturen als auch bei der Entwicklung einer demokratischen Ordnung und einer entsprechenden Kultur herauszuarbeiten. Dazu müssen sich die Medien dem Zugriff politischer Lager entziehen und frei bleiben.

4. *Politische Kultur*: Ein *Wandel* in der *politischen Kultur* wird zum einen im neuen Umgang mit dem Nationalitätenkonflikt in Süderbrien erkannt; zum anderen wird er aber auch für den innerserbischen politischen Diskurs allgemein eingefordert. In der Frage des Konflikts in Süderbrien jedoch gehen die Medien selbst nicht über die Würdigung und Thematisierung konstruktiver politischer Maßnahmen hinaus. Zu sehr bleibt hier die Macht der Medien im Schatten der Politik.

Auch wenn es um den politischen Konflikt innerhalb der serbischen Parteienlandschaft oder allgemein um den öffentlichen politischen Diskurs geht, sind im hier untersuchten Zeitraum reflektierte, kritische und konstruktive Stimmen recht selten zu vernehmen. Der Eindruck drängt sich auf, dass die Presse - wie auch die politische Öffentlichkeit allgemein - bereits in der Einführung einiger weniger demokratischer Verfahren und Prinzipien ein stabiles Fundament für eine demokratische Ordnung zu sehen scheint und somit verkennt, dass dies nur ein erster Schritt ist auf dem langen, erst zu bewältigenden Weg hin zu einer demokratischen Gesellschaft.

Mit Stojan Cerovic lässt sich feststellen, dass die paradoxerweise indizierte und zugleich geforderte neue politische Kultur zwei wesentliche Dinge nicht hat leisten können. Es ist nicht gelungen, sich mit der politisch wie gesellschaftlich totalitären Vergangenheit und symbolisch mit dem eigenen Führer auseinander zu setzen. Und ebenso wenig ist es gelungen, einen toleranten und konstruktiven politischen Diskurs und eine auf gegenseitiger Anerkennung beruhende Streitkultur zu entwickeln.

Dadurch wurde es versäumt, den *Versöhnungsprozess* in Gang zu setzen, der die Grundlagen für neue politische Verflechtungen auf dem Balkan hätte festlegen können. Und es wurde auch versäumt, die Öffentlichkeit mit einem *offenen und toleranten politischen Diskurs* vertraut zu machen und sie so von der vertrauten und daher als solchen nicht erkannten aggressiven Unkultur politischer Auseinandersetzung zu lösen bzw. sie von dieser zu befreien.

Dass diese Dinge nicht geschehen sind, scheint sich aus der Rückschau zu rächen. Dies wird etwa daran erkennbar, dass die Radikale Serbische Partei, die eine seit Milošević nicht wesentlich veränderte Kommunikations(un)kultur am besten reproduziert, von der Wählerschaft am ehesten verstanden wird und folglich auch großen Zuspruch erfährt. Drei Jahre nach der Oktoberrevolution 2000 geht im Dezember 2003 die Radikale Partei Serbiens als stärkste Kraft aus den Parlamentswahlen hervor. Sie bestimmt die Politik im Serbischen Parlament in hohem Maße mit, auch wenn sie nicht in die Regierungsbildung einbezogen wurde. Es scheint, als habe gerade die Vernachlässigung der Kultivierung des öffentlichen Diskurses dazu geführt, dass die Radikalen eine politische Restauration einleiten können, die zwar nicht gerade in eine neue Milošević-Ära führen dürfte, die aber den Demokratisierungs- und Genesungsprozess der serbischen Gesellschaft gewiss verlangsamen wird.

5. *Medien (als Subjekt und Aktion)*: Vergleicht man die Ergebnisse für den Zeitraum von Oktober 2000 bis März 2002 mit den neueren Entwicklungen und dem heutigen Stand der Dinge (Mai 2004), so kann man Folgendes feststellen: Die Medien haben zwar inzwischen hinsichtlich der Kommunikationskultur enorme Fortschritte gemacht, denn es wird professioneller, sachgemäßer, objektiver, neutraler, kritischer und interessanter berichtet. Dennoch scheinen sie nicht das Bewusstsein ihrer eigenständigen politischen Macht im Gesellschaftsgefüge entwickelt zu haben und nehmen daher für sich auch nicht die souveräne Position in Anspruch, bewusst und gezielt die Kommunikationskultur zu gestalten. Dabei ist die ohnehin eher illusorische Vorstellung von einem völlig neutralen Informationsmedium wohl nur dann am Platze, wenn die zu kommunizierenden Informationswerte einem einigermaßen intakten Wertesystems entspringen und so etwas wie eine demokratische Ordnung, eine offene und tolerante Kultur im öffentlichen Leben und eine auf Anerkennung grundlegender Werte basierende Streitkultur, eine emanzipatorische gesamtgesellschaftliche Einstellung usw. tatsächlich vorhanden sind. Von all diesen Dingen ist jedoch nach wie vor noch wenig zu finden. Also ist ein Friedensjournalismus durchaus nötig, der wesentliche Aufgaben gerade unmittelbar nach dem Krieg übernehmen würde, indem er zu einer Kultur des Friedens beiträgt.

Literatur

ASPR (ed.), 2003. Constructive Conflict Coverage. A Social Psychological Approach. Berlin: verlag irena regener.

Bolz, N., 1994. Das kontrollierte Chaos. Vom Humanismus zur Medienwirklichkeit. Düsseldorf, Wien, New York, Moskau: ECON Verlag.

Brehm, Sh.S., Kasson, S.M., 1993: Social Psychology, Boston, Toronto: Houghton Mifflin Company

- Calic, J.-M., 1993. Der serbisch-kroatische Konflikt in Kroatien. In: Weithmann, M. (Hg). Der ruhelose Balkan. München: dtv – Deutscher Taschenbuch Verlag, S. 108–148.
- Calic, J.-M., 1995. Der Krieg in Bosnien-Herzegowina. Ursachen-Konfliktstrukturen-Internationale Lösungsversuche. Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag.
- Enzensberger, H.M., 1993. Aussichten auf den Bürgerkrieg, Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag.
- Fleischer, H., 1987. Ethik ohne Imperativ. Zur Kritik des moralischen Bewusstseins. Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Flusser, V., 1993. Lob der Oberflächlichkeit. Eine Phänomenologie der Medien, Bensheim und Düsseldorf: Bollmann Verlag.
- Foucault, M., 1992. Was ist Kritik?, Berlin: MerveVerlag.
- Galtung, J., 1998. Friedensjournalismus: Was, warum, wer, wie, wann, wo?. In: Kempf, W., Schmidt-Regener, I. (Hg). Krieg, Nationalismus, Rassismus und die Medien. Münster: Lit, 3–20.
- Genette, G., 1993.: Palimpseste. Die Literatur auf zweiter Stufe. Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag.
- Gredelj, S., 1998. Serbische Medien und Kriegstreiberei im ehemaligen Jugoslawien. In: Kempf, W., Schmidt-Regener, I. (Hg). Krieg, Nationalismus, Rassismus und die Medien. Münster: Lit, 67–74.
- Hickethier, K., 2003. Einführung in die Medienwissenschaft. Stuttgart-Weimar: J.B. Metzler Verlag.
- Jaeger, S., 1998. Propaganda mit Frauenschicksalen?. In: Kempf, W., Schmidt-Regener, I. (Hg). Krieg, Nationalismus, Rassismus und die Medien. Münster: Lit, 57–66.
- Malesic, M., 1998. Propaganda im Krieg in Bosnien-Herzegowina. In: Kempf, W., Schmidt-Regener, I. (Hg). Krieg, Nationalismus, Rassismus und die Medien. Münster: Lit.
- Meyer, T., 2001. Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien. Frankfurt/M: Suhrkamp.
- Prittwitz, V.v., 1994. Politikanalyse. Opladen: Leske + Budrich Verlag.
- Schulze, G., 1992. Die Erlebnisgesellschaft. Kulturosoziologie der Gegenwart. Frankfurt/M, New York: Campus Verlag.
- Siep, L., 2004. Konkrete Ethik. Grundlagen der Natur und Kulturethik, Frankfurt /M.: Suhrkamp Verlag.
- Virilio, P., 1993. Krieg und Fernsehen. München, Wien: Hanser Verlag.
- Zizek, S., 1994. Genieße Deine Nation wie Dich selbst! Der Andere und das Böse – Vom Begehren des ethischen „Dings“. In: Vogl, J. (Hg). Gemeinschaften. Positionen einer Philosophie des Politischen. Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag, 133–164.